Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. **Bezugspreis:** frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. **Verlag und Druck:** Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Mittwoch, den 16. September 1925** | **5. Jahrgang • Nr. 203**

Der Lügendamm gegen die Sowjets zerbricht

Ausschluß sozialdemokratischer Delegierter? — Die Wahrheit und die revolutionäre Einheitsfront siegt doch!

„Ihr Trottel von dummen Arbeitern, wie könnt Ihr es wagen, ohne Erlaubnis der Parteiinstanzen nach Rußland zu fahren und dann wahrheitsgemäß über Eure Reise Bericht zu erstatten?" — Auf diesen Tenor ist die SPD.-Presse Tag für Tag abgestimmt. Die Wut der berufsmäßigen Verleumder Sowjet-Rußlands darüber, daß **ehrliche** sozialdemokratische Arbeiter aus den Betrieben **die Lügen über das proletarische Rußland einen entscheidenden Stoß versetzt** haben, ist grenzenlos. Jetzt bekommen jene sozialdemokratischen Arbeiter, die den **Mut zur Wahrheit** aufgebracht haben, mit der ganzen Wucht jene Beschimpfungen und Verleumdungen zu spüren, denen bis jetzt nur die Kommunisten ausgesetzt waren. Nicht nur werden diese Proleten als die dümmsten Dummköpfe bezeichnet, nicht nur wird in mehr oder minder offener Form, ausgerechnet von den Barmatianern, den sozialdemokratischen Rußland-Delegierten Bestechung durch die „geriebenen" Sowjets vorgeworfen, sondern jetzt beginnt bereits ihre **organisatorische Maßregelung.** Das Mitglied des Parteivorstandes der SPD., Stelling, hat, wie uns soeben ein telephonischer Bericht aus Heidelberg mitteilt, bereits **den Ausschluß der sozialdemokratischen Rußlandfahrer aus der SPD. angekündigt.**

Wir glauben, daß sich gegenüber dieser Tatsache jeder ausführlichere Kommentar erübrigt. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind unserer Ueberzeugung nach **nicht willenlose Eunuchen,** die sich dieses in der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Internationale einzig dastehende Vorgehen einer Parteiinstanz gefallen lassen werden. Denn die sozialdemokratischen Rußland-Delegierten sollen doch nur deswegen ausgeschlossen werden, weil sie mit dem Proletariat eines anderen Landes internationale Beziehungen angeknüpft, und weil sie das, was sie bei Brüdern jenseits der Grenze gesehen haben, objektiv auch den deutschen Proleten mitgeteilt haben.

Wir können uns auch dessentwillen einen längeren Kommentar zu dem Ausschlußantrag gegen die sozialdemokratischen Rußlandfahrer ersparen, weil wir der **festen Ueberzeugung** sind, daß auch ohne dem die Pogromhetze des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen seine eigenen Parteimitglieder nur aus dem Grunde, weil sie die Wahrheit über Sowjet-Rußland mitteilen, nur den Erfolg haben wird, daß **sich jetzt die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter um so eher zusammenfinden werden auf dem Boden einer internationalen revolutionären Einheitsfront.**

Das proletarische Urteil über Sowjet-Rußland

Resolution der Wittenberger Arbeiter

Am vergangenen Sonnabend nahm eine Versammlung, **einberufen vom Ortskartell der AfA. und des Ortsausschusses des ADGB. Wittenberg,** nach einem **Referat des Sozialdemokraten** Bretag über Sowjet-Rußland folgende Resolution an:

Die Wittenberger Arbeiterschaft stellt heute nach den Ausführungen des Kollegen Bretag fest, daß in Sowjet-Rußland die Arbeiterschaft die Staatsmacht fest und unerschütterlich in der Hand hat und diese Macht im Interesse aller werktätigen Arbeiter und Bauern verwendet.

Nachdem durch die Reise sozialdemokratischer Arbeiter nach der Räte-Republik diese Tatsachen einwandfrei festgestellt wurden, warnt die Wittenberger Arbeiterschaft jeden, die übliche Hetze und die Lügenkampagnen gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat fortzusetzen.

Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen Wittenbergs grüßen das befreite russische Proletariat und danken ihm für die kameradschaftliche Gastfreundschaft, die der deutschen Arbeiterdelegation bezeugt worden ist.

Das Wittenberger Proletariat fordert unverzüglich das engste Bündnis mit den russischen Arbeitern und Bauern. Besonders auf gewerkschaftlicher Grundlage gilt es, die Kampfgemeinschaft so schnell wie möglich herzustellen.

Die Wittenberger Arbeiterschaft fordert den ADGB. auf, eine Delegation nach Sowjet-Rußland zu entsenden, um über die Vereinigung des internationalen Proletariats zu beraten.

(Bericht über die Ausführungen des Kollegen Bretag und ein weiterer Bericht des Kollegen Lüttich vor den Metallarbeitern Halles auf der 8. Seite!)

Die sozialdemokratischen Rußlanddelegierten sollen aus der Partei ausgeschlossen werden!

(Eig. Drahtm.) **Heidelberg, 15. September.**

In der Dienstagsitzung des Parteitages der SPD. erklärte der Berichterstatter des Parteivorstandes, Stelling, in seinem Schlußwort: Eingeschriebene Mitglieder der SPD. haben an einer Rußland-Delegation teilgenommen und über ihre Reise in öffentlichen Versammlung berichtet. In diesen Fällen müssen die Arbeiter aus der Partei ausgeschlossen werden, denn sie haben für eine der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstehende Partei gewirkt.

Ueberall Rußland-Berichterstattung

In einer Versammlung der **Berlin-Schöneberger Klein- und Mittelbetriebe** sprach der **sozialdemokratische Delegierte Lehmann** über Sowjet-Rußland. Der Kollege Lehmann verwahrte sich besonders scharf gegen die Methode der sozialdemokratischen Presse, ihn und seine Kollegen, die nach Rußland gefahren sind, als unfähige Trottel hinzustellen. Er sei **seit vierzig Jahren in der Sozialdemokratischen Partei organisiert und habe schon unter dem Sozialistengesetz als 21jähriger für die Sozialdemokratie gekämpft.** Ihn unter solchen Umständen als einen Trottel oder als einen „armen Verführten" anzusehen, sei der Gipfel der Gemeinheit. Interessant ist, daß er von dem deutschen Gesandten in Moskau, den Grafen Brockdorff-Rantzau folgende Episode mitteilen konnte: Graf Brockdorff-Rantzau habe ihm im Verlaufe einer Unterhaltung gesagt, **daß er selbst, wenn er auch nur vier Wochen in Deutschland sei, vor dem Schwindel der Presse über Rußland irritiert werde. Er müsse dann schleunigst wieder nach Rußland zurückfahren, um sich vom Gegenteil zu überzeugen.**

Es erübrigt sich, in diesem Zusammenhang noch einmal besonders festzustellen, daß die Führerin dieser geradezu grotesken Antibolschewistenhysterie die SPD.-Presse ist.

In **Bochum** gaben zwei Rußland-Delegierte Bericht über ihre Eindrücke im Lande der Arbeiter und Bauern. Die Ausführungen wurden wiederholt von großem Beifall unterbrochen. Alle an die Delegierten gestellten Anfragen wurden sofort in der Versammlung beantwortet. Die Diskussion war außerordentlich rege und zeigte, daß auch unter den sozialdemokratischen Arbeitern endlich der Wille, die Wahrheit über Sowjet-Rußland zu erfahren, sich unwiderstehlich Bahn bricht.

Denselben Erfolg hatte eine große öffentliche Versammlung in **Hamborn,** in der Rußland-Delegierte sprachen. Auch diese Versammlung in Hamborn war sehr stark besucht und von großer Begeisterung getragen.

In **Dortmund** sprach ein **sozialdemokratischer Stadtverordneter,** Betriebsrat der Vereinigten Elektrizitätswerke, über seine Eindrücke in Sowjet-Rußland. Der größte Saal Dortmunds war überfüllt. Als der Delegierte hervorhob, daß er sich überzeugt habe davon, daß in Sowjet-Rußland anders als in Deutschland die Arbeiter und Bauern die Macht erobert haben, setzte brausender Beifall ein.

In **Düsseldorf** erstattete den Rußland-Bericht der Delegierte der Phoenix-Werke, der **parteilose Kollege Piekotta.** Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Alle größeren Betriebe von Düsseldorf hatten Vertreter in die Versammlungen geschickt. In einer Resolution die einstimmig angenommen wurde, sprachen die Anwesenden **ihre Solidarität mit dem russischen Proletariat** aus und gelobten, seinem Beispiel zu folgen. **Die nicht freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter verlangten, daß auch der christliche und Hirsch-Dunckersche Metallarbeiterverband Düsseldorfs eine Delegation nach Rußland schickt.**

Der Ortsausschuß des ADGB. von Neuß hatte zu einer öffentlichen Versammlung zur Entgegennahme des Rußland-Berichts aufgerufen. Der **parteilose Arbeiter Keyser** berichtete, wiederholt von Beifall unterbrochen, vor 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen über seine Erlebnisse in Sowjet-Rußland. Eine einstimmig angenommene Resolution stellt fest, daß in Sowjet-Rußland **„die Arbeiterschaft die Staatsmacht fest und unerschütterlich in der Hand hat und diese Macht im Interesse aller werktätigen Arbeiter und Bauern anwendet."**

Der sozialdemokratische Parteitag lehnt den Volksentscheid über den Achtstundentag ab

(TU.) Heidelberg, 15. September. Nach der Debatte über den Geschäftsbericht wurde über eine Reihe von Anträgen abgestimmt. Abgelehnt wurden u. a. ein Antrag auf Einleitung eines Volksentscheides über den Achtstundentag und die Zollvorlage.

Jeder Arbeiter erinnert sich noch sehr genau der Situation, als der Achtstundentag ihm geraubt wurde und in den verschiedenen Teilen des Reiches heftige Abwehrkämpfe entbrannten. Damals war der offene Kampf gegen die Arbeitszeitverlängerung unbedingt notwendig, die Aufgabe der Gewerkschaften war die sofortige Organisierung und Proklamierung dieses Kampfes. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorstände aber sabotierten den Kampf, sie lenkten ab auf die Parole: **Volksentscheid!**

Der Volksentscheid ist eine parlamentarische Aktion, die dem Arbeiter im Betriebe noch gar nichts bringt. Selbst wenn der Volksentscheid zu seinen Gunsten ausfällt, bleibt **das Entscheidende der unmittelbare Kampf der Arbeiter selbst.** Aber der Volksentscheid gibt Gelegenheit, die breiteste Aufklärungsarbeit zu leisten, die Massen aufzurütteln und sie zum außerparlamentarischen Kampf zusammenzuschmieden. Deshalb nahmen die Kommunisten, indem sie das Ablenkungsmanöver der Gewerkschaftsspitzen und der SPD. kennzeichneten, diese Parole auf, zumal die Arbeitermassen selbst sich von den Gewerkschaftsspitzen vom notwendigen Kampfe ablenken ließen.

Damals schon sagten wir den Arbeitern klar, **daß die SPD. und die Gewerkschaftsbureaukratie nicht einmal die parlamentarische Aktion des Volksentscheids durchführen würden,** daß auch das nur leere Versprechung bliebe.

In Worten wurde dann viel von dem Volksentscheid geredet und schleunigst wieder einmal eine **besondere Sammelaktion** (50-Pfennig-Marke) des **ADGB.** für den **Volksentscheid** inszeniert. Die Arbeiter gaben von ihrem kärglichen Lohne hin, um **aufs neue betrogen** zu werden. Monatelang wurden sie hingehalten, bis der **Breslauer Gewerkschaftskongreß** durch seine offene Proklamierung der westlichen Orientierung, d. h. der bedingungslosen Auslieferung der Arbeiterklasse an die internationalen Imperialisten und der neuen Arbeitsgemeinschaft, genannt „Wirtschaftsdemokratie", **der Aufrollung der Arbeitszeitfrage ein vollständiges Ende zu bereiten als Aufgabe hatte.**

Der SPD.-Parteitag, von dem die deutsche Gewerkschaftsbureaukratie ihre Parolen erhält, auf dem die prominentesten Gewerkschaftsvorstände vertreten sind, hat nun nach dieser Vorbereitung **in zynischer Nacktheit dargetan,** was der ADGB., was die SPD. tatsächlich wollen: **Sie nutzen nicht einmal mehr die parlamentarischen Mittel aus, um der deutschen Arbeiterschaft den Achtstundentag wiederzubringen!**

Klar ist erwiesen, warum sie den **Offenen Brief der KPD. mit Schmutz bewarfen,** der im Interesse der Arbeiterschaft die gemeinsame Aktion auch nur für den **Volksentscheid** anbot. Wieder einmal müssen die Massen erkennen, wie sehr sie betrogen worden sind, wie sehr die KPD. recht hatte mit ihrer Warnung vor den sozialdemokratischen Führern.

Jetzt gilt es die Lehre zu ziehen! **Kampf für den Achtstundentag,** das muß die Parole der Arbeiter als Antwort auf den in Heidelberg offen proklamierten Verrat sein! **In jedem Betrieb, in jeder Arbeiterorganisation muß diese Stellungnahme des Heidelberger sozialdemokratischen Parteitags auf der Tagesordnung** stehen. An dem Block der Arbeitermassen muß die elende Absicht der sozialdemokratischen Spitzen zerschellen.

Die Gewerkschaftskongresse der letzten Zeit

Scarborough — Paris — Breslau

I. R. **Halle,** 16. September.

Kurz nacheinander haben in Frankreich, England und Deutschland die großen Gewerkschaftskongresse stattgefunden. In Frankreich, wo die CGT. (Reformisten) und die CGTU. (der RGI. eingeschlossen) sich an Mitgliederzahl und Einfluß so ziemlich die Wage halten, tagten beide Kongresse in der Zeit vom 26. bis 30. August in Paris. Dann folgte Breslau vom 30. August bis 4. September, dann Scaborough vom 7. bis 11. September.

Zieht man die Bilanz dieser für die gesamte Arbeiterklasse bedeutungsvollen Kongresse, so zeigt sich deutlich, daß **im internationalen Maßstabe im letzten Jahre ein ungeheurer Schritt vorwärts gegangen worden ist** in Bezug auf Zusammenschluß, Einheitswillen und revolutionärer Erkenntnis der breiten Arbeitermassen. Zugleich aber tritt in erschreckender Weise zutage, daß in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung, die einst der Stolz der gesamten Internationale war, weit hinter anderen Ländern zurückgeblieben ist.

Was ist das Ergebnis von Breslau? Der Breslauer Gewerkschaftskongreß hat, **immer nur gegen die Stimme der beiden en-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250916-10/fragment/page=0001

wesenden Kommunisten, jegliche Einheitsverhandlung mit den russischen Gewerkschaften und jegliche Bemühung, eine einheitliche Gewerkschaftsinternationale herzustellen, abgelehnt. Ja, die deutschen Gewerkschaften haben, ausgerechnet in der Zeit, wo in den Gewerkschaften der anderen Länder sich die östliche Orientierung, das Zusammengehen und die Freundschaft mit dem einzigen proletarischen Staate der Welt, mit Sowjet-Rußland, immer klarer herausschält, sich zusammen mit der deutschen Bourgeoisie, zur westlichen Orientierung, zum **offenen Kampfe gegen Sowjet-Rußland nicht nur bekannt, sondern geradezu an die Spitze dieser den Interessen der Arbeiterklasse ins Gesicht schlagenden Bestrebungen gestellt.** Innerpolitisch haben sie den Zusammenschluß der deutschen Arbeiter in Industrieorganisationen abgelehnt und die richtige Tradition des Klassenkampfstandpunktes ersetzt durch eine Philosophie der „Wirtschaftsdemokratie", die auf die absolute Auslieferung der deutschen Arbeiter an die deutschen und Entente-Kapitalisten hinausläuft.

Wenn auch in den deutschen Arbeitermassen sich andere Anschauungen bereits feststellen lassen und insbesondere die Bewegung für die Rußland-Delegation die sich anbahnende bewußte Orientierung auf Sowjet-Rußland zeigt, wenn ferner der Breslauer Kongreß durch die Spaltungen und die Autokratie der Gewerkschaftsspitzen systematisch nach Wunsch dieser Spitzen zusammengesetzt war, so ist andererseits doch auch klar, daß, wenn die breitesten Arbeitermassen bewußt und aktiv für ihre Interessen kämpfen würden, auch eine Widerspiegelung dieser Situation auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß anzutreffen gewesen wäre. Denn auch die großen und insbesondere kleineren Spitzen der Gewerkschaftsbewegung sind abhängig von dem Druck und dem Reifegrad der breiten Masse der Gewerkschaftsmitglieder.

Paris hat gezeigt, daß **die Arbeiterbewegung in Frankreich eine Mittelstellung zwischen der deutschen und englischen einnimmt.** Daß von der CGTU. der Standpunkt des Klassenkampfes, des Zusammengehens mit Sowjet-Rußland und der unbedingte Wille zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit ausging, ist klar. Das Wesentliche ist, daß **der Kongreß der CGT. trotz aller Sabotageversuche der Zauberei keineswegs mehr ein solches Gesicht trug, wie der deutsche Gewerkschaftskongreß in Breslau.** Am zweiten Verhandlungstage stand auf der Tagesordnung ein Telegramm des Genossen Tomski, der im Auftrage der russischen Gewerkschaften beiden in Paris tagenden Kongressen eine Einladung übersandt hatte, eine gemischte Gewerkschaftsdelegation nach Sowjet-Rußland zu entsenden, ferner ein Brief der CGTU., der die Zulassung einer Delegation der CGTU. zwecks Verhandlungen über die Einheitsfrage forderte. Die Spitzen der CGT. versuchten, über diese Briefe zur Tagesordnung überzugehen und schoben die Sache in dreimaliger Abstimmung. Aber es half ihnen nichts, die große Mehrheit des Kongresses (des Kongresses der Reformisten!) wies diesen Antrag ab, und mit 2762 gegen 1500 Stimmen bei 30 Enthaltungen wurde die **Zulassung der Unitaristen** und ferner der ebenfalls Zulaß fordernden Anarcho-Syndikalisten **beschlossen.** Genosse Poirrepe forderte im Namen der CGTU. die Einigung der französischen Gewerkschaftsbewegung durch bedingungslose Verschmelzung von unten her, unter der Kontrolle der beiden Spitzenorganisationen und die Beschickung eines von der CGTU. einberufenen Einigungskongresses durch die CGT. Natürlich setzten dann Hetzreden der sozialdemokratischen Spitzen ein, und auch Graßmann benutzte seine Ansprache als deutscher Vertreter zu einer Hetzrede gegen die Kommunisten. **Die Abstimmung ergab Ablehnung des Antrages der reformistischen Spitzen** mit 1627 Verwaltungen (3936 Stimmen) gegen 118 Verwaltungen (365 Stimmen), bei Stimmenenthaltung von 23 Verwaltungen (72 Stimmen). Soweit wie in England ist die französische Gewerkschaftsbewegung noch nicht, angesichts der Trennung der französischen Arbeiterschaft in ein reformistisches und ein kommunistisches Lager bedeutet diese Abstimmung auf dem reformistischen Kongreß aber, daß **in Frankreich sich ein Linksblock zusammenschweißt,** und daß die Herstellung der Gewerkschaftseinheit vorwärts schreitet. Die von der CGTU. einberufene **Einheitskonferenz** war daran, auch von 29 Delegierten reformistischer Verwaltungen, sowie 20 Delegierten der autonomen Gewerkschaft, die seinerzeit auf Betreiben der Anarchosyndikalisten aus der CGTU. sich abgespalten hatte, beschickt. Es wurde dort eine **Kommission aus 54 unitaristischen und 56 reformistischen bzw. autonomen Delegierten gebildet,** die weiter im Sinne der Herstellung der Gewerkschaftseinheit arbeiten soll. Es wurde der Generalrat der englischen Gewerkschaften ersucht, daß auch er eine Annäherung der CGT. und CGTU. anbahnen möchte. Eine Resolution forderte die Schaffung **gemischter Einheitsausschüsse.** Die CGTU. beschloß, in den Orten, wo CGT.-Gruppen bestehen, ihrerseits keine Mitglieder mehr aufzunehmen, sondern mit an der Schaffung einer revolutionären Bewegung innerhalb der CGT. zu arbeiten.

Der Kongreß in **Scarborough** hat gezeigt, daß die englische Arbeiterbewegung heute, außer Rußland, an der Spitze steht. Dort wurde die seit über einem Jahr eingehaltene Linie des Zusammengehens mit den russischen Gewerkschaften und der Bemühungen um eine einheitliche Gewerkschaftsinternationale fortgeführt. Es kam eine **entschiedene proruſſische Stimmung** zum Ausdruck, die Politik der Baldwin-Regierung, der Abbruch der englisch-russischen Handelsbeziehungen und die Anbahnungen des Garantiepaktes, der bei Krieg gegen Sowjet-Rußland einleiten soll, wurden scharf gebrandmarkt. Von Amsterdam wurde **sofortige Verhandlung mit der Roten Gewerkschaftsinternationale** zwecks Herstellung einer festen Einheitsfront gegen diese Bestrebungen der Bourgeoisie gefordert. In Konsequenz dieser Linie wurde mit 3 082 000 gegen 79 000 Stimmen eine Entschließung angenommen, die aufs schärfste gegen den Imperialismus Stellung nimmt, die Kolonialpolitik verurteilt und die Unterdrückung des chinesischen Volkes brandmarkt. Ferner wurde mit großer Mehrheit gegen **„die Versklavung der deutschen Arbeiter durch den Dawes-Plan"** Stellung genommen und das Versprechen gegeben, den deutschen Arbeitern in jeder Weise zu helfen, daß sie um bessere Lebensbedingungen kämpfen. Nach innen wurde in Gegensatz zu Breslau die Selbsthilfe der Arbeiterschaft, der Gedanke des Klassenkampfes, unterstrichen und gefordert, daß **„die Arbeiter überall starke Betriebsausschüsse schaffen, die eine Waffe bilden, um die Kapitalisten zum vollständigen Verzicht auf die Beherrschung der Industrie zu zwingen".**

Die Bedeutung des englischen Gewerkschaftskongresses für die gesamte Arbeiterbewegung der Welt ist auch von der Bourgeoisie unseres Landes sehr wohl erkannt worden. Das „Berliner Tageblatt" zum Beispiel schreibt in der Nummer vom 12. September folgendes:

„Die Kongreßwoche hat gezeigt, daß die Gewerkschaften **sich nach links entwickeln,** obzwar die radikalsten Forderungen, nämlich die Verschmelzung aller Gewerkschaften in eine große Gewerkschaft und die Ausstattung des Generalrates mit **diktatorischen Befugnissen,** die ihn zur Ausrufung des Generalstreiks ermächtigen würden, nicht durchgegangen sind. **Dagegen siegte die Linke mit der scharfen Verurteilung des Dawes-Paktes, der unter der Regierung Macdonalds in die Wirklichkeit umgesetzt wurde.** In einer **Entschließung** verurteilte der Gewerkschaftskongreß die **Versklavung der deutschen Arbeiter durch den Dawes-Plan. Die niedrigen Löhne und langen Arbeitsstunden Deutschlands seien die unmittelbare Folge des erfolgreichen Versuchs der Unternehmer, die Lasten des Dawes-Planes auf die deutschen Arbeiter abzuwälzen.** Der Kongreß verpflichtet sich deshalb, den deutschen Arbeitern mit allen möglichen Mitteln bei der Erhöhung ihres Lebensstandards zu Hilfe zu kommen und die **Internationale Einheit der Gewerkschaften für die Besetzung des Dawes-Planes einzusetzen."**

Welches sind nun die Lehren der deutschen Arbeiterklasse aus der Bilanz der vier Gewerkschaftskongresse? Die Lehren sind bereits ausgesprochen in dem **Offenen Brief der Exekutive an die deutsche Partei,** in dem es unter Kapitel 6 heißt:

„Der Drang der Arbeiter zur Einheit der Gewerkschaften muß möglichst bald zur Herausbildung eines linken Flügels in den Gewerkschaften nach dem Vorbild der englischen Arbeiterbewegung, kristallisiert werden. Das ist der nächste Schritt vorwärts in der deutschen und internationalen Einheitsbewegung, den die deutsche Partei tun muß. Die große Bewegung für die Einheit der Gewerkschaften muß breiteste Massen erfassen und neuen Zustrom für die freien Gewerkschaften bringen, wenn die Kommunistische Partei zur treibenden Kraft für die Gewerkschaftseinheit wird."

Die Herausbildung eines linken Flügels nach dem Vorbilde der englischen Arbeiterbewegung, der speziell der Kommunistischen Partei und damit den einzelnen Mitgliedern der Partei als dem treibenden Keil in der Arbeiterklasse hier gestellt ist, ist natürlich nicht nur die Lehre, die die Kommunisten zu ziehen haben, sondern **die Lehre für die gesamte Arbeiterklasse.** Die vielen, die durch den Verrat der deutschen Gewerkschaftsbureaukratie mutlos geworden, sich abseits gestellt haben, sehen an den Ereignissen in Frankreich und noch mehr in England, daß ihre Verzweiflung unbegründet ist und daß, bei ihrer eigenen Mitarbeit und **bei genügender Klarheit und Aktivität der Arbeitermassen selbst, die Eroberung der Gewerkschaften und die Revolutionierung der breiten Arbeitermassen sehr wohl möglich ist.** Die heutigen Gewerkschaftsmitglieder, ganz gleich, welcher politischen Richtung sie angehören, sehen aus den Vorgängen in der Internationale, daß die Lügen und Verdrehungen insbesondere der SPD.-Presse in anderen Ländern bereits nicht mehr einschlagen. Sie sehen, daß die breiten Massen, auch Sozialdemokraten, **in immer größerem Maße das Bündnis mit Sowjet-Rußland schließen** und daß die starke revolutionäre Einheitsfront sie tatsächlich in ihrem Kampfe, in ihrer ganzen Existenz vorwärts bringt. Darum: **Heran an die Arbeit! Auch in Deutschland muß ein starker Linksblock der Gewerkschaftsbewegung das nächste Ziel sein.**

Die Einladung zur Paktkonferenz überreicht

(TU.) Berlin, 15. September. Die Einladung der Alliierten zu einer Paktkonferenz ist soeben, 12 Uhr mittags, durch den französischen Botschafter de Margerie übergeben worden. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, soll der Wortlaut der Einladung Donnerstag früh veröffentlicht werden.

Die Reparationszahlungen des ersten Dawes-Jahres

Berlin. Nach dem Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen hat Deutschland im ersten Jahre des Dawes-Pakts bis zum 31. August 1 Milliarde Goldmark an Reparationen gezahlt.

Ein Reichsbannermann von einem Hakenkreuzler erschossen

Schwerin. Drei Angehörige des Reichsbanners in Saßnitz bei Rostock wurden auf der Straße von angetrunkenen Hakenkreuzlern angerempelt. Dabei wurde das Reichsbannermitglied Wollow durch Revolverschüsse eines 20jährigen Hakenkreuzlers tödlich verletzt.

Kreditschiebungen der Banken

Enthüllungen auf dem deutschen Bankiertag

Berlin. Auf dem Deutschen Bankiertage machte Bankier L. Pfeiffer (Kassel) aufsehenerregende Enthüllungen über die Geldgeschäfte der Sparkassen. So stellte eine Kreisbank einer faulen Hamburger Firma Sparkassenbücher über 1 Milliarde Mark aus, womit sich diese in Hamburg Geld beschaffte. Weiter gab diese Bank Garantie für Schweizer Lieferungen über 500 000 Mark. Die Sparkasse Sinzig gab einer Kasseler Firma Kredit von 2 Millionen Mark und stellte für diese Summe Sparkassenbücher aus, die die Kasseler Firma mit 1½ Millionen Mark an dritter Stelle beleiht. Die Stadtbank Magdeburg machte einen Verlust von zirka 2 Millionen Mark durch faule Geschäfte mit einem Spritschieber. Durch ähnliche Geschäfte erlitt die Berliner Landesbank-Zentrale Verluste über 2 Millionen Mark. Die Bayrische Giro-Zentrale gibt in ihrem Geschäftsbericht zu, daß sie allein in einem Jahre durch Kredite an faule Unternehmungen 8½ Millionen Mark verloren hat. In den meisten Fällen sprang die Deutsche Giro-Zentrale ein. **Diese Kreditgeschäfte wurden auf dem Rücken der Steuerzahler und auf Kosten der kleinen Sparer durchgeführt.**

Erhöhung der Hauszinssteuer

Berlin. Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages erklärte der preußische Finanzminister, am 1. November die Hauszinssteuer um 8 Prozent zu erhöhen, und davon 4 Prozent für den Staat und 4 Prozent für die Gemeinden zu bestimmen.

Eine Erwerbslosendelegation bei der Reichsregierung

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 16. September.

Eine Erwerbslosendelegation aus dem Ruhrgebiet wurde gestern mit einer Eingabe bei der Reichsregierung vorstellig. In dieser Eingabe weisen die Erwerbslosen auf die Unmöglichkeit hin, mit den jetzigen Unterstützungssätzen auszukommen. Sie fordern eine **Erhöhung der Unterstützungssätze um 100 Prozent, eine einmalige Beihilfe von mindestens 100 Mark, Uebernahme der Miete durch das Wohlfahrtsamt, Belieferung mit Kohlen und Kartoffeln, mit warmer Winterbekleidung, Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse und Einstellung des Abzuges der Renten von der Erwerbslosenunterstützung.** Die Delegation, die gestern in Berlin eintraf und zuerst beim Wohlfahrtsminister vorstellig wurde, kam aus verschiedenen Orten des Ruhrgebietes, so aus Bochum, Bottrop, Sterkrade und Essen. Die Delegation wird heute beim Arbeitsminister vorstellig werden.

Die Internationale der Militaristen

Paris. Die Humanité veröffentlicht eine Meldung, daß 80 Deserteure der Besatzungsarmee (Marokkaner und Elsässer) durch Deutschland an Frankreich ausgeliefert wurden. Zwölf von ihnen sind vom französischen Kriegsgericht zu 15jähriger Deportation verurteilt worden.

Deutsch-russische Eisenbahnkonferenz

München. Am Montag ist die deutsch-russische Eisenbahnkonferenz eröffnet worden. Die russische Delegation steht unter der Führung von Swertschkow vom Volkskommissariat für Verkehr der UdSSR. Deutscherseits werden die Verhandlungen von Geheimrat Scholz von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft geführt. Zur Verhandlung steht vor allem die Frage einer direkten Eisenbahnverbindung zwischen Deutschland und der Sowjetunion (Korridorverkehr durch die Randstaaten).

Heidelberger Parteitag der SPD.

(Eigener Bericht unseres Sonderberichterstatters)

Heidelberg, 15. September.

Nach zwei Verhandlungstagen, in denen man die verschiedenen Berichte der SPD. hören konnte, läßt sich der Eindruck des Parteitages so zusammenfassen: **Opposition ohne den Willen zur Konsequenz, die sich in der Hauptsache gern unterwirft, wenn man ihr nur gestattet, einige radikale Redensarten zu machen, mit denen sie ihre Mitglieder zu Hause befriedigen will.** Das ist die eine Seite. Man kennt die Opposition und die Opposition kennt die Grenzen ihrer Macht und ihrer eigenen Kraft. Objektiv drückt diese Opposition die **starke Unzufriedenheit der Arbeiterschichten mit der Partei, mit der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie aus.** Aber der Parteivorstand lehnt es entschieden ab, sich auf eine Oppositionspolitik festzulegen, er will alle Möglichkeiten offenlassen, er will **die Koalition mit dem Bürgertum aufrechterhalten.** Und die Mehrheit des Parteivorstandes unterstützt ihn darin.

*

2. Verhandlungsbericht — Diskussion zum Geschäftsbericht

Der zweite Tag beginnt mit den **Diskussionen zum Geschäftsbericht.** Gleich hintereinander sprechen zwei der vom Parteivorstand scharf angegriffenen Frankfurter.

Zunächst Broßwitz, der tatsächlich nichts anderes als „Krähwinkelei" betreibt; er wünscht nichts weiter, als daß doch der gestrenge Parteivorstand sich persönlich mal nach dem schönen Frankfurt bemühen solle, um seine bösen Frankfurter Kinder ins Herz zu schließen.

Auch der junge, in Thüringen abgebaute Bankpräsident Loeb nimmt keineswegs politisch Stellung. Er meint, die rote Fahne müsse in erster Linie stehen, die schwarzrotgoldene erst in zweiter.

Fleißner-Dresden macht für den **Rückgang der Partei die Politik der Volksgemeinschaft verantwortlich.**

Künstler-Berlin fordert, man soll die Grenze nach rechts recht scharf ziehen.

Liebmann-Leipzig ist der Ansicht, daß die Gesamteinstellung der Partei in weiten Kreisen der Arbeiterschaft **nicht verstanden** werde. Er betont, daß die Partei in die Opposition gedrängt worden sei, sie habe **nicht freiwillig** diese Position bezogen. Wenn es passiert wäre, daß Marx gewählt worden wäre, dann wäre die Blamage noch viel größer, da sich zeigen würde, daß genau dieselben Verhältnisse herrschen würden wie jetzt. Liebmann betont, daß bei der Barmat-Affäre andere Dinge spielen, als die Hetze gegen die Sozialdemokratie. Prominente Führer der Partei haben **nicht die nötige Distanz gehalten** zu so einem zweifelhaften Geschäftsmann, wie Barmat. Die Fälle Bauer, Heilmann und Wels haben uns nicht die Bürgerlichen, sondern **diese Führer eingebrockt.** Früher wären solche Leute als Parteiführer unmöglich gewesen. Man müsse die reine Weste auch von den Führern fordern. Der Parteivorstand versucht die Zeitungsgeschäfte durch Erhebung von Beiträgen unter seinen Einfluß zu bekommen, um ihnen dann auch die politische Linie vorschreiben zu können.

Adolf Hoffmann erklärt, die Partei stehe an einem Wendepunkt. Er ist der Meinung, daß die Sozialdemokratie dem Zentrum selbst beim besten Willen in der Frage der Schulgesetze nicht so viel bieten könne wie die bürgerlichen Parteien. Darum wird das Zentrum mit den bürgerlichen Parteien gehen. **Die Zahl der Mitglieder fällt mit den Fehlern der Sozialdemokratie.**

Nölting-Frankfurt meint, daß er und seine linken Freunde auf verlorenem Posten stehen auf diesem Parteitag. In unserer Partei geht die Fühlung verloren, die Maschine stampft zu laut, die Wüste der Statistiken wird zu groß. **Das Parteileben wird immer mehr zum Kompanieexerzieren.** Er betont die wichtige Mission, die Opposition und Jugend in jeder Partei zu erfüllen haben. Er macht über dieses Thema noch einige schwungvolle Redewendungen, **ohne das politische Gesicht der Opposition zu zeigen.**

Als Edel-Dresden den Sachsenkonflikt erwähnt, nennt Heilmann zum Vorsitzenden, wobei dieser dann **dem Redner verbietet, über die Sachsenfrage zu sprechen.** Der Mitgliederverlust sei nicht durch die Inflation erzeugt worden, die Ursache des Rückganges war die Nachgiebigkeitspolitik und die **Politik der Kompromisse.** Er verteidigt Zeigner unter starkem Beifall der Linken.

Scheidemann-Kassel polemisiert gegen die Frankfurter Redner. Die Reaktion mache in Deutschland immer größere Fortschritte. Die deutsche Justiz stinke zum Himmel. Um diese wahre Tatsache zu beweisen, verweist Scheidemann auf den Ebert-Prozeß, die Verhaftung Barmats und Höfles. **Von den zahlreichen Zuchthausurteilen gegen Arbeiter weiß Scheidemann kein Wort zu sagen.** Er lobt den Zentrumsmann Wirth und verlangt seine Unterstützung. Stolz zitiert Scheidemann den Ausspruch eines Deutschnationalen, daß **die Sozialdemokratie 1918 die bürgerliche Gesellschaft gerettet** habe. Als Scheidemann behauptet, daß heute der Klassenkampf viel schärfer geführt wird denn je, bemerkt ein sozialdemokratischer Delegierter: **„Ja, aber nicht von uns."** Scheidemann zitiert ferner einen Ausspruch Wilhelm Liebknechts, nachdem man die Taktik unter Umständen 24mal am Tage ändern müsse. Er fügt hinzu, daß weder er noch seine Freunde vom Parteivorstand jemals ihre Grundsätze geändert hätten. (Sie waren immer Opportunisten). Scheidemann schließt mit der Feststellung: Die Verfassung ist gut, das Wahlrecht ist gut, **schuld an allem Elend ist der Unverstand der Massen.**

Heilmann beginnt mit einer Verbeugung gegen Scheidemann. Er verteidigt den Kuhhandel mit dem Zentrum anläßlich der Reichspräsidentenwahl. Er wendet sich scharf gegen die Frankfurter Delegierten. Eine dauernde Opposition ist die Vorbereitung zu einer Spaltung. **Heilmann beschwert sich mit kalter Stirn dagegen, daß man ihn und seine Freunde anläßlich der Barmat-Affäre nicht rückhaltlos gedeckt habe.**

Ein Altenburger Delegierter begründet einen Antrag, der Mitgliedern der SPD. privates Wirken in Vorständen und Aufsichtsräten verbieten soll. Heilmann hätte lieber über die Belastung seiner Person sprechen sollen.

Müller-Leipzig polemisiert gegen Scheidemann und Heilmann. Man soll die Parteispaltung nicht an die Wand malen. Als er auf die Barmat-Affäre zu sprechen kommt, wird er von den Führern der Rechten wiederholt stürmisch unterbrochen. Er wendet sich gegen die Tätigkeit Heilmanns, der **heute noch Aufsichtsrat in drei Unternehmungen des Barmat-Konzerns ist.**

2. Verhandlungstag — Nachmittag

Hermann Müller verteidigt den Parteivorstand gegen die Vorwürfe der Frankfurter. Die Untersuchungen in der Barmat-Sache haben bewiesen, daß nicht ein Fleck auf die Ehre eines führenden Parteigenossen gefallen ist. Mit dieser Behauptung glaubt der Parteivorstand die Korruptionsaffäre beerdigen zu können. Nicht nur Ebert stand vor seinem Tode auf dem Standpunkt, daß für die Reichspräsidentenwahl ein bürgerlicher Kandidat unterstützt werden soll, sondern auch Löbe und Otto Braun hatten diese Ansicht.

Seydewitz-Zwickau erklärt, daß große Kreise der Partei für die Wahl von Marx nicht begeistert eintreten konnten. Die Mehrheit des Parteitages macht **lärmende Zwischenrufe.** Die Kraft der Republik hänge nicht von Bündnissen mit bürgerlichen Parteien, sondern von der Kraft der Arbeiterklasse ab. Seydewitz betont besonders stark die Einmütigkeit des Parteiwillens. **Entschuldigt,** daß wir auch da sind und ein wenig Opposition machen — auf diesen Gedanken läuft der Schluß seiner Rede hinaus.

Ein Antrag auf **Schluß der Debatte** wird angenommen. Stelling hält das Schlußwort. Er wendet sich scharf gegen alle Anträge, die für die Zukunft Koalitionspolitik verbieten wollen oder die den Aufbau des Reichsbanners zu einer sozialistisch-republikanischen Organisation verlangen. Zur Frage der Annahme von Aufsichtsratsposten hat der Parteivorstand eine besondere Entschließung vorgelegt, **nach der Aufsichtsratsstellen in privatwirtschaftlichen Betrieben angenommen werden können, wenn die Parlamentsfraktion keine Einwendung dagegen erhebe.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250916-10/fragment/page=0002

Kommune · u · Kommunalpolitik

Die Not der Massen steigt

Kommunistische Gemeindevertreter, kämpft gegen die Not und ihre Ursachen

Der wirtschaftliche Horizont Dawes-Deutschlands verfinstert sich zusehends. Allem Gerede von Wiederaufbau, Stabilisierung, Konsolidierung zum Trotz kracht das kapitalistische Gebäude in allen Fugen. Der Pleitegeier krächzt wieder sehr laut. Man lese den Handelsteil der Zeitungen, die zahllosen Nachrichten über Zahlungsschwierigkeiten, 5000 Geschäftsaufsichten, 12 000 wirkliche, offene Bankrotte, über zerbrochene Konzerne — und man hat ein Bild von dem Zustand Deutschlands zu der Zeit, da die schwarzweißroten „Retter" in ihm herrschen.

Ein einziges Mittel hatten sie noch, den Zusammenbruch auf der ganzen Linie etwas hinauszuschieben. Sie stellen die Bourgeoisie von Lasten frei. Ihre Gewinnmöglichkeiten werden gesteigert durch Zulassung von Wucherpreisen (Preisaufbau, während man von Preisabbau schwatzt!). Alle Lasten aus der Bankrottwirtschaft packt man den arbeitenden Massen auf. Die Folge: **Das soziale Elend steigt rapide an.** Den Gemeinden jedoch, den Organisationen, die berufen sind, ja deren Wesen es ist, die soziale Not zu lindern, ihnen entzieht die Luther-Regierung und die schwarzweißrote Hindenburg-Mehrheit des Reichstages durch Verkürzung der Anteile an den Reichssteuern die Mittel zu ausreichenden Notstandsmaßnahmen. An dem gleichen Tage, an dem die bankrotte Reichstagsmehrheit der bankrotten Bourgeoisie den Gemeinden neue Fürsorgepflichten zuwies, setzte sie die Steuerzuweisungen des Reiches an die Gemeinden durch Aenderung des Finanzausgleichgesetzes herab.

Es werden diesen Winter schlimme Zeiten kommen für das arbeitende Volk Deutschlands, einschließlich der Beamten und Angestellten. Ebenso für den Mittelstand in Handel, Handwerk und Gewerbe, der durch zurückgehenden Umsatz infolge der Warenversteuerung bei gleichbleibenden Löhnen immer stärker die „Segnungen" der Dawes-Hindenburg-Politik verspürt. Trostlos wird sich unter diesen Umständen bei zunehmender Erwerbslosigkeit die Lage der Opfer von Krieg und Arbeit gestalten.

Und doch: die Gemeinden, die diesem Notstand am nächsten stehen, müssen dagegen energisch den Kampf aufnehmen. Um so größere Kraft muß dahinter gesetzt werden, je stärker die Widerstände der kapitalistischen Interessenverbände sind, je lebhafter die Bremse der kapitalistischen Staatsbureaukratie wirkt, je mehr sich kommunaler Unternehmergeist die arbeiterfeindlichen Forderungen des Privatkapitals zu eigen macht. Der Kampf der Gemeinden gegen die Not der Massen kann selbstverständlicherweise nicht beschränkt sein auf Hilfsmaßnahmen zugunsten der verelendeten Opfer der Reichspolitik. Verbrechern muß man entschlossen in den Arm fallen, um ihre weiteren Taten und deren schädliche Wirkung auf andere unmöglich zu machen. Es ist deshalb die Pflicht aller Gemeinden, den politischen Kampf gegen die Bankrott-, Wucher- und Elendspolitik der Luther-Stresemann-Schlieben-Brauns-Regierung sofort aufzunehmen. Das mindeste, was durch die Gemeindevertretungen geschehen müßte, wäre ein Protest an die Adresse der Reichsregierung und die Aufforderung an die preußische Regierung, direkt und durch ihre Vertretung im Reichsrat gegen die verderbliche Politik der Schwarzweißroten um Hindenburg aufzutreten.

Die Initiative hierzu gebührt den kommunistischen Fraktionen. Sie haben sofort bei Wiederaufnahme der kommunalen Beratungen nach der Sommerpause entsprechende Aktionen zu unternehmen. Sie haben vorher mit den Gewerkschaften, Ortsausschüssen des ADGB., mit Konsumgenossenschaften, mit den größeren Betriebsbelegschaften, mit Mieter-, Rentner-, Kriegsopferorganisationen usw. Verbindung aufzunehmen mit dem Ziel, daß diese Organisationen die Anträge und Forderungen der kommunistischen Gemeindefraktionen unterstützen. In öffentlichen Einwohnerversammlungen und Versammlungen der Betriebsbelegschaften müssen unsere Anträge und Forderungen in weitesten Kreisen populär gemacht werden. Zu der Sitzung der Gemeindevertretung, in der die Anträge unserer Fraktion verhandelt werden, muß ein Massenaufgebot von Zuhörern aus den arbeitenden Kreisen erscheinen. Kurzum: die Aktion im Gemeindeparlament muß vom Willen des breitesten werktätigen Volkes getragen werden.

Wenn von Gemeindebehörden, Bürgerlichen oder Sozialdemokraten der Einwand erhoben werden sollte, **daß die Gemeindevertretungen nicht befugt seien, zu allgemeinen politischen Angelegenheiten Stellung zu nehmen** (wie das vor einiger Zeit in Halle geschah), **so dürfen wir diesen Einwand nicht gelten lassen.** Denn ihn erhebt man immer nur dann, wenn wir Kommunisten die Interessen der werktätigen Massen vertreten wollen. Für ihre eigenen Interessen kennt die Bourgeoisie keinerlei Kompetenzbedenken. Das beweisen einschlägige Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß nach dem Kommentar der rechtsbürgerlichen Oertel und Kappelmann zu § 35 der Städteordnung, in Verbindung mit Artikel 32 der Preußischen Verfassungsurkunde, **die Gemeinden unzweifelhaft das Petitionsrecht haben und mit den Regierungen in Verbindung treten können in allen Angelegenheiten,** die für eine Gemeinde im besonderen oder für mehrere Gemeinden zugleich Wirkungen haben. Wir zitieren die entsprechenden Ausführungen unten.*) **Die Wirkung des neuen Finanzausgleichsgesetzes mit der Kürzung der Reichszuwendungen an die Gemeinden, die Folgen der letzten Steuer- und Zollbeschlüsse in steigenden Lebenshaltungskosten und größerem Notstand unter den Massen der Gemeindebewohner ist auf jeden Fall die die Rechtfertigung des Beratungs-, Beschluß- und Petitionsrechts. Die Gemeinden würden geradezu ihre elementarsten Pflichten versäumen, wenn sie nicht unverzüglich jede Maßnahme anwenden würden, die geeignet erscheint, die Rechte und die Interessen der notleidenden Gemeindebewohner sicherzustellen.**

*) Oertel sagt S. 172 seines Kommentars zur städtischen Stadteordnung: „Die Stadtverordnetenversammlung ist deshalb befugt, auch über solche Gegenstände zu verhandeln, welche nicht ausschließlich ihre eigene Stadtgemeinde betreffen, sondern für weitere Kreise von Interesse sind."

Kappelmann sagt S 112: „Soweit Fragen berührt werden, die von eminent allgemeinem Interesse sind und damit auch — wenn auch vielleicht nur mittelbar — das Wohl und Wehe des einzelnen Gemeinwesens berühren, wird man eine Beteiligung dieses Gemeinwesens an der praktischen Behandlung dieser Fragen nicht ohne weiteres als ungesetzlich verbieten dürfen."

Die Stellung des kommunistischen Gemeindevertreters zur Grundschule

Von Stadtrat **Friedrich Menz**, Berlin

Die Erfahrung lehrt, daß unsere Genossen in den Stadt- und Gemeindeparlamenten, Schulausschüssen und Schuldeputationen den Schulfragen meist ratlos gegenüberstehen. Deshalb erscheint es unbedingt notwendig, daß unsere Genossen auch über die aktuellen Schulfragen und schulpolitische Kämpfe so informiert werden, daß sie in den Stadt- und Gemeindeparlamenten dazu klar und deutlich Stellung nehmen können. Die Schule, einer der stärksten Machtapparate der Hindenburg-Republik, fest in der Hand der Reaktion, muß von unseren Genossen mit in den politischen Machtkampf gezogen werden. Die Erkenntnis der Notwendigkeit dieses Kampfes ist da, nur fehlt es meist an den notwendigen Mitteln zum Kampfe und an der klaren Einsicht dessen, was zu erkämpfen ist. Aus diesem Grunde wird „Die Kommune" mehr denn je die Genossen auch über die jeweiligen aktuellen schulpolitischen Fragen informieren.

Gegenwärtig steht im Mittelpunkt der Schulpolitik der Kampf um die Grundschule, der mit Annahme des Grundschulgesetzes im Reichstag am 3. April d. J. der Schulreaktion einen nicht unbedeutenden Sieg gebracht hat, der aber längst noch nicht beendet ist, sondern weitgehend auch in den Stadt- und Gemeindeparlamenten der Kleinstädte ausgenommen werden muß.

Der Kernpunkt des Grundschulgesetzes ist die Möglichkeit, die den „besonders leistungsfähigen Schulkindern" geboten wird, „nach Anhören des Grundschullehrers unter Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde schon nach dreijähriger Grundschulpflicht zur Aufnahme in eine mittlere oder höhere Schule zugelassen zu werden."

Damit ist eine Durchlöcherung der vierjährigen Grundschule, wie sie als Folge des § 146 der RV. festgelegt war, erreicht. Alle pädagogischen Einwände des größten Teiles der Lehrerschaft, selbst verfassungsrechtliche Bedenken (der Demokrat Könneberg sieht in diesem Gesetz eine Verfassungsänderung, wozu eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist), alle Entlarvungsreden unserer Genossen in den Ausschüssen und im Plenum konnten die Rechtsparteien von der Durchführung ihres Zieles, die Grundschule abzubauen, nicht abhalten. Es ist nicht zufällig, daß in einer Zeit, wo die Reaktion auf allen Gebieten vorwärtsschreitet, auch dieser erfolgreiche Vorstoß auf dem Gebiete der Schulpolitik unternommen wurde. Trotz aller demagogischen Verschleierungsversuche erkennen wir klar und deutlich, daß es den Rechtsparteien darum zu tun ist, die höheren Schulen der besitzenden Klasse in ihren Grundlagen zu befestigen, den Gegensatz der alten Klassen- und Standesschulen, den eine vierjährige Grundschule vielleicht etwas verwischen konnte, wieder deutlich in Erscheinung treten zu lassen, und die Kinder der besitzenden Klasse möglichst früh von den Kindern des Proletariats abzusondern. Auf diesem Wege will man schrittweise wieder zur alten Vorschule der höheren Schule, die langsam absterben sollte, kommen. — Man hat „besondere Leistungsfähigkeit" oder „Begabung" als Köder ausgeworfen, auf den auch vielfach die Proleten und selbst unsere Genossen hereinfallen. Letzteren sollte allerdings als selbstverständlich gelten, daß die Proletarierkinder in Wohnhöhlen hausend, unterernährt, mangelhaft bekleidet, niemals in der „Leistungsfähigkeit" konkurrieren können mit den Kindern der besitzenden Klasse, die alle Annehmlichkeiten des Lebens genießen, denen Privatlehrer oder die Eltern bei der geistigen Ausbildung größte Hilfe angedeihen lassen. Schon aus diesem Grunde könnte eine Trennung von „begabt" und „weniger begabt" nicht aufrecht erhalten werden. Dazu kommen die pädagogischen Bedenken, daß in diesem Lebensalter eine sichere Entscheidung über Begabung überhaupt noch nicht gefällt werden kann. Das hier von den Rechtsparteien vorgebrachte Begabungsproblem ist weiter nichts als eine Maske, hinter der sie ihre wahren Absichten verbergen. Es ist Aufgabe unserer Genossen, ihnen mit aller Deutlichkeit diese Maske vom Gesicht zu reißen.

Als nächste Folge dieses Sieges der Schulreaktion wird sich ergeben, daß man bestrebt ist, die höheren Schulen mit allen Kräften zu heben und zu fördern, die Schulen der Kinder des Proletariats dagegen als Parischulen*) zu behandeln. Demgegenüber haben unsere Genossen bei Anträgen für Bewilligung von Mitteln für die höheren Schulen dementsprechende Anträge zu stellen, die den Volksschulen dieselben Mittel zuführen, eventuell ihr Zustimmung von der Bewilligung dieser Mittel abhängig zu machen.

Die Schulreaktion ist mit dem erreichten Ziel noch nicht zufrieden. Sie wird schrittweise weitergehen und in den einzelnen Gemeinden wird man zur Erleichterung der „Begabten" mit der Einrichtung von ehemaligen Förderklassen vorgehen. Man wird den Proleten die Sache wieder schmackhaft machen wollen mit dem Hinweis auf den „sozialen Geist", daß auch Proletarierkindern diese Einrichtung zugute käme. Unsere Genossen haben in den Gemeindeparlamenten solcher Einrichtung von Förderklassen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Um die Rechtsparteien hier zu entlarven, genügen meist schon Anträge im Sinne von § 145 d. RV. (unentgeltliche Lernmittel, unentgeltlicher Unterricht für Proletarierkinder).

Wenn wir somit gegen den Abbau der Grundschule kämpfen, so soll damit keineswegs gesagt sein, daß wir in der vierjährigen Grundschule etwa den Weg zur weltlichen, proletarischen Einheits- und Arbeitsschule erblicken. Wir sehen auch nicht etwa in der vierjährigen Grundschule das „kleinere Uebel", sondern wir wollen in der Zeit, wo die monarchistische Gesahr akut geworden ist, mit aller Schärfe und Deutlichkeit gegen dieselbe auch auf schulpolitischem Gebiet kämpfen. Wir werden gleichzeitig dabei zu entlarven haben die SPD., die durch ihre Koalition auf schulpolitischem Gebiete erst die Möglichkeit zum Vorgehen der Reaktion betr. Abbau der Grundschule schuf. Niemals werden wir durch derartige Teilkämpfe uns in der Gewißheit beirren lassen, daß das Proletariat seine weltliche proletarische Einheitsschule erst einrichten kann, wenn es die politische Macht erobert hat.

*) Parias = die niedrigste, als unrein verabscheute Kaste der Ostindier.

Kommunalpolitisches aus Sowjet-Rußland

Englische Gewerkschafter über sowjetrussische Wohnungsverhältnisse

Dem Bericht der englischen Gewerkschaften, die im November und Dezember 1924 die Verhältnisse in der Sowjetunion studiert haben, entnehmen wir folgende Angaben über die Wohnungsverhältnisse in Sowjet-Rußland. Die nachfolgenden Angaben werden besonders für die auf kommunalpolitischem Gebiete tätigen Genossen von Interesse sein und willkommenes Material bieten für die Praxis sowohl wie für die Agitation.

Die Redaktion.

Das Wohnungswesen bietet in Moskau und vielen großen Städten Rußlands sehr ernste und besondere Schwierigkeiten. Während der ersten Periode der Revolution, als das Privateigentum konfisziert wurde, fand ein allgemeiner Wohnungswechsel statt. So gut wie systemlos erfolgte die zwangsweise Requirierung von ganzen Vierteln von großen Wohnungen. Eine natürliche Tendenz der Industriearbeiter machte sich bemerkbar, von jedem Gebäude in der Nachbarschaft ihres Arbeitsplatzes Besitz zu ergreifen. Die nichtindustrielle Klasse wurde gezwungen, sich irgendwo und wie eine Unterkunft zu suchen. Die ärmeren Wohnungen, in denen die Arbeiter ehemals wohnten, wurden verlassen und verfielen infolgedessen in einen hoffnungslosen Zustand der Reparaturbedürftigkeit.

Sozialisierung.

Unter dem Banner des Kommunismus wurden in den ersten auf die Revolution folgenden Jahren die Häuser von den Mietern als gemeinsames Eigentum verlangt. Diese Lehre verbreitete sich auch in den Fabriken, die die Arbeiter mit Unterstützung der Gewerkschaften auch als ihr Eigentum forderten. Die Lage drohte chaotisch zu werden, bis unter dem Druck der Kommunistischen Partei der 4. Gewerkschaftskongreß, der im Jahre 1921 zusammenkam, gezwungen wurde, diese Haltung aufzugeben und durch Regierungsdekret alles wirkliche Eigentum als dem Staat gehörig erklärt wurde.

Zu dieser Zeit war zum erstenmal von Lenins neuer Oekonomischen Politik die Rede, doch dauerte es fast ein Jahr, bevor sie im ganzen System zu wirken anfing. Unter diesem Plan, der sich auf alle Wirtschaftszweige des Staates erstreckte, und der bis zu einem gewissen Grade das Privateigentum und den Privathandel zuließ, wurden alle kleinen Häuser unter einem Kapitalswert von 10 000 Rubel (20 000 Mark) wenn möglich ihren früheren Besitzern zurückgegeben. Geschäftsleute, Nepleute genannt, wurden ermutigt, vom Staate mittels eines Pachtvertrages größere Häuser zu mieten oder zu übernehmen. Sie hatten sie zu einem gewissen Standard zurückzubringen und sie waren verantwortlich für ihre Erhaltung während der Dauer des Pachtvertrages.

Hauskomitees.

Unter der alten kommunistischen Politik wurden Häusergesellschaften und -komitees aus der Mitte der Mieter gewählt zur Uebernahme und Verwaltung der Gebäude, in denen sie lebten. Mit der neuen Oekonomischen Politik wurden diese Komitees in Uebereinstimmung gebracht mit gewissen Staatsbestimmungen, und es wurden Bezirks-Regierungsinspektoren ernannt.

In den größten Gebäuden, in denen Nepleute wohnten, oder die unter dem neuen Plane verkauft worden waren, fand man bald heraus, daß diese neuen Hauskomitees alle Maßnahmen ergreifen konnten, um die Arbeiter aus ihren Räumen herauszubringen. In vielen Fällen wurden ihnen solche Mieten und Bedingungen auferlegt, die es den Arbeitern unmöglich machten, Untermieter zu werden. Darum erließ die Regierung im Jahre 1922 ein Dekret, nach dem 10 Prozent der gesamten Bodenfläche der Gebäude dem Stadtsowjet übergeben wurden. Die Distriktsinspektoren verteilten dann die 10 Prozent unter die Industriearbeiter. Die Haltung der Hauskomitees von solchen Häusern, in denen eine Mehrheit von Nepleuten und ihrer Angehörigen wohnten, blieb jedoch nach immer sehr schroff. Die Regierung ergriff darum ernste Maßnahmen, und diese Komitees wurden gezwungen, die Arbeiter auf gleichem Fuße zuzulassen und sie zu Exekutivfunktionen in allen Hauskomitees ebenfalls heranzuziehen.

Regulierung der Mieten.

Im Anfang des Jahres 1924 stellte sich die Notwendigkeit heraus, weitere gesetzgeberische Schritte zu unternehmen, um die Miete der Bewohner nach einer gleitenden Skala festzusetzen. Diese Mieten werden jetzt kalkuliert nach der Anzahl der Quadratzollschen (2,1 Meter) Bodenfläche, die der Mieter bewohnt. Sie kostet von 10 Kopeken (20 Pf.) bis 5 Rubel (10 Mark) im Monat, je nach dem Lohn oder Einkommen des Bewohners, d. h. je nach der Art der Kategorie, der er angehört. Jeder Mieter hat ein Anrecht auf 16 bis 20 Quadratarschin (1 Arschin ungefähr 28 Zoll gleich 7112 Zentimeter). Wenn weiterer Wohnraum verfügbar ist, so kann man ihn bekommen gegen Verdreifachung der sonst üblichen Sätze.

Die Mieten werden dem Hauskomitee gezahlt, das verantwortlich ist für die Verteilung des Raumes, für die Erhaltung des Gebäudes mit Einschluß der Außen- und Innenreparaturen, für die Sauberkeit, Beleuchtung (Beheizung, wo Zentralheizung existiert), für die Ordnung im Hause und die Erhaltung des Pflasters vor dem Hause.

Bestimmungen über das Wohnungswesen.

Ein Besucher Moskaus, der in der Lage ist, die Preise in den vom Staat kontrollierten Hotels zu zahlen, kann dort Wohnung finden; im anderen Falle muß er sich an den Stadtsowjet wenden, von wo er an den Bezirksinspektor verwiesen wird. Dieser verschafft ihm ein Quartier. Er hat dann die Miete zu zahlen entsprechend der Arbeiter- und sonstigen Kategorie, in die ihn sein Beruf einreiht. Er kann in einem genossenschaftlichen Restaurant speisen, doch wenn er kein Mitglied einer Gewerkschaft ist, so hat er 80 Prozent über den Tarif zu zahlen, zu dem Industriearbeiter dort speisen können. Er muß auch darauf gefaßt sein, aus seinem Quartiet entfernt zu werden, um einem anerkannten Arbeiter oder Berufstätigen Platz zu machen.

Ergebnisse.

Wie man sich vorstellen kann, haben die Ergebnisse dieser Wohnungsbestimmungen in großen Städten eine sehr ausgeprägte Wirkung auf das soziale und Familienleben eines großen Teiles des Gemeindewesens.

Die Mehrzahl der Arbeiter hat zweifellos bessere Wohnungen erhalten. Der Stolz auf das sozialisierte Eigentum ist sehr ausgeprägt, aber nur unter den schon mehr erzogenen Arbeitern der höheren Grade scheint sich dieses Gefühl bis in die Heime fortzusetzen. Sauberkeit und Ordnung an öffentlichen Plätzen ist die Parole des Tages. Doch scheint man noch wenig Aufmerksamkeit auf die frische Luft und die Ventilation zu legen.

Das Wohnungsbauprogramm.

Die gegenwärtige Krisis im Wohnungswesen ist jedoch vorübergehend, und ihre Dauer hängt von den Möglichkeiten der vollständigen Verwirklichung des neuen Staatsbauplanes ab, dessen Ausführung von größtem Interesse für alle Klassen der Bevölkerung sein wird.

Dieser Plan sieht die Errichtung von Gartenstädten außerhalb der Städte und Industriebezirke vor, die durch elektrische Eisenbahnen und Straßenbahnen verbunden werden sollen. Viele dieser kleinen Städte sind bereits außerhalb der großen Ansiedlungen errichtet worden. Die Häuser stehen frei oder fast frei, und jedes ist auf einem Achtel oder Viertel Acre (1 Acre = 0,40 Hektar) erbaut. Die Fahrwege und Straßen sind sehr breit, und jeder dieser Blocks ist in sich abgeschlossen. Die Pläne dieser Häuser und Städte sind gewöhnlich das Resultat von Wettbewerben in den örtlichen Fabrikkunstschulen, und in allen ist eine große genossenschaftliche Niederlage, eine Schule und ein Klub vorgesehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250916-10/fragment/page=0003

Auf Teilzahlung zu billigen Preisen

kaufen Sie in unserem seit über 25 Jahren bestehendem großzüg. Unternehmen. Wir legen besondere Sorgfalt darauf, nur Waren zu liefern, die ein gutes Tragen gewährleisten, tausende unserer Kunden bestätigen uns dies indem Sie immer wieder kaufen. Für alle Berufskreise ist unser diskretes Teilzahlungssystem eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Machen Sie bitte einen Versuch und besichtigen Sie unsere Verkaufsräume ungeniert, wir geben Ihnen gern jede gewünschte Auskunft! —

Für Herbst und Winter

empfehlen wir: 2865

Herren-Winter-Anzüge feiner Nadelstreifen, haltbare Qualität, Anzahlg. Mk. 15, wöchtl. Mk. 3 — Mk. **49**	**Gummi-Mäntel** für Herren und Damen. Beste Fabrikate, Garantie f. jed. Stück Mk. 19 Mk. 28 Mk. 38 Mk. 45
Herren-Winter-Anzüge versch. mod. Farben sehr gute Qualität Anzahlg. Mk. 18, wöchtl. Mk. 3 — Mk. **65**	**Sport-Anzüge** für Herren und Burschen, mit Breeches und langer Hose Mk. 42 Mk. 56 Mk. 78 Mk. 90
Herren-Winter-Anzüge schicke Fasson, Ersatz für Maß, Anzahlung Mk. 25, wöchentl. Mk. 4 — Mk. **85** bis Mk. 130	**Damen-Winter-Mäntel** soeben neu eingetroffen Mk. 32 Mk. 48 bis Mk. 84 Anzahlung Mk. 8 bis Mk. 25
Herren-Winter-Mäntel gute tragbare Qualität Anzahlg. Mk. 15, wöchtl. Mk. 3 — Mk. **53**	**Damen-Seal-Mäntel** wundervolle Qualität Damast gefüttert
Herren-Winter-Mäntel 2-reihig, mit Gürtel Anzahlg. Mk. 18, wöchtl. Mk. 3 — Mk. **65**	**Damen-Winter-Jacken** Krimmer und Pelz, beste Qualitäten, beste Verarbeitung
Herren-Winter-Mäntel schwere Ware, Anzahlung Mk. 25 wöchentlich Mk. 4 — Mk. **88** bis Mk. 120	**Damen-Kostüme Damen-Kleider Damen-Röcke** in großer Auswahl

Aus unserer Abteilung Manufakturwaren:
Fertige Bettbezüge in Damast, Stangenleinen, Linon und Satin, Inletts, Wäsche für Herren und Damen, Tischtücher, Schlafdecken, Steppdecken

Unsere Bilder-Abteilung
ist sehr reichhaltig, verlangen sie gratis und franko Prospekte

Ohne jede Anzahlung
liefern wir an unsere alten Kunden, die ihr Konto beglichen haben

Im I. Stock Herren-Bekleidung
Im II. Stock Damen-Bekleidung
Im III. Stock Möbel aller Art

Ungenierter Eingang Kleiner Sandberg!

Carl Klingler

Halle a. S., Leipzigerstr. 11, 1. Etage

Kein Laden — Eingang Kl. Sandberg

Stadt-Theater
Donnerstag 7 Uhr **Tannhäuser** mit den Damen Rittmeyer, Voß, Andree, Welff, mit den Herren Bentinder, Kathammer, Böhmer, Hahn, Burchhardi, Rößler. Ende 11 Uhr
Freitag 7½ Uhr **Judith**

Zur Anfertigung feiner Herrengarderobe und Damenkostüme nach Maß empf. sich
Otto Bartelt
Drehhauptstraße 7

Sternwolle
1/5 95 Pfg.
Lipper
Gr. Steinstr. 35
Magdebg. Str. 25 am Walhalla

Ledersohlen
Gummiabsätze
billig bei 1274
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Schirme
Ausführung von Reparaturen aller Art und Bezügen prompt, sauber und billigst
J. Voigt
Barfüßerstr. 17, Hof
Kein Laden

Brot, Brödchen täglich frisch R. Drielelmann Bölbergasse 3 12864

1 P. f. n. Fußballschuhe billig zu verkaufen Kühler Brunnen 2, I l.

1 fast n. Kinderwagen billig zu verkaufen Domplatz 9, I l.

Arbeitshosen
empfiehlt
P. Harnisch
Merseburg, Delgrube 1

Patent-Matratzen
Auflege-Matratzen
Chaiselongues
kaufen Sie am vorteilhaftesten in der
Matratzenfabrik O. Kaseler
285 **Kontor Steinweg 19 a**
Jedes gewünschte Bettmaß innerhalb 3 Stunden lieferbar. Besichtigung ohne Kaufzwang jederzeit gern gestattet

Gaskocher
mit patent. Sparbrennern Marke „Clara" u. „Gasmeister" 40 bis 60% Gasersparnis, Zurückschlagen d. Flamme ausgeschlossen, in verschiedenen Preislagen vorrätig
Alte Gaskocher werden repariert und mit obigen Brennern versehen
August Domke
Blechschmiedemeister u. Installateur
Taubenstr. 9 Fernruf 5866

Zeitungsträger(in)
für **Holleben** sofort gesucht.
Meldungen Verlag Klassenkampf

In jeder Speise
und in jedem Brotaufstrich kommen die großen Vorteile der
„Rahma buttergleich":
ihr reicher Fettgehalt
ihr hoher Nährwert
ihr feiner Buttergeschmack
ihre erstaunliche Billigkeit
zur vollen Geltung.
Darum verwenden Millionen erfahrener und sparsamer Hausfrauen statt der teuren Butter zum Kochen, Braten, Backen wie zum Brotaufstrich nur noch „Rahma Margarine buttergleich".
Es lohnt sich!
½ Pfund nur 50 Pfennig.

Rahma
MARGARINE
buttergleich

Kinderzeitung „Der kleine Coco" oder die Lachzeitung „Fips" gratis.

Morgen:
Schlachte-! Fest !
Bätz
Weißenfels
Georgenberg 31

Donnerstag:
Schlachtefest
Frische Wurst
Adolf Schumann,
Zeitz, 1520
Kramerstraße 12

Parteischriften
empfiehlt die
Volksbuchhandlg

WALHALLA

Direktion Adolf Vogel Fernruf 8385

Nur 16. bis 30. Septemb.
Otto Reutter

Dazu: Eine große Anzahl internationaler Sensationen **!**
Torino, der Meister-Jongleur
Duo Jainczik, Kunstläufer mit ihrer Eisbahn auf der Bühne
Lachpillenwolf der lustige Plauderer
Eton, der Mann auf d. toten Punkt
5 Tassi-Toscanas berühmte Akrobaten
James Basch, Charakter-Humorist
Corn u. Neil, hochkomische Excentrics
und weitere Kunstkräfte!
Anfang 8 Uhr *2869 Anfang 8 Uhr

Trotz enormer Kosten **Gewöhnliche Preise!**
Vorverkauf ab 11 Uhr ununterbrochen

K·P·D

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001
Arbeiter-Sekretär, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Achtung, Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionäre! Am Donnerstag, dem 17. September, abends 8 Uhr, im „Volkspark" große Funktionärsitzung. Das Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht.

Distrikt 11. Freitag, 19. September, abends 8 Uhr, im „Braustübl" Distriktsversammlung. Alle Genossinnen und Genossen haben zu erscheinen.

Distrikt 13a. Freitag, 18. September, abends ½8 Uhr, im „Turnerschlößchen" (Grünstraße) Distriktsversammlung. Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Eisdorf-Langenbogen-Höhnstedt. Mitgliederversammlung Freitag, 18. September, abends 8 Uhr, in Eisdorf im Parteilokal.

Oberröblingen-Wansleben. Mitgliederversammlung Freitag, 18. September, abends 8 Uhr, in Röblingen im Lokal Henze.

Artern-Voigtstedt-Kalbsrieth-Reinsdorf. Mitgliederversammlung Freitag, 18. September, abends 8 Uhr, in Artern im „Goethehaus".

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch.

Wittenberg. Mitgliederversammlung Freitag 18. Sept., 8 Uhr, Lokal Freudenberg.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bockwitz-Grünewalde. Mitgliederversammlung Donnerstag, 17. September, abends 8 Uhr, in Bockwitz im „Volkshaus".

Hohenleipisch. Mitgliederversammlung Donnerstag, 17. September, abends 8 Uhr, im Lokal Haack.

Domnitzsch. Mitgliederversammlung Freitag, 18. September, abends 8 Uhr, in der „Mühle".

Falkenberg. Mitgliederversammlung Freitag, 18. Sept., 8 Uhr, „Gesellschaftshaus".

Torben. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 18. Sept., Gasthof Rabebour.

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **den besten Erfolg**

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Unterbezirk Saalkreis

Ammendorf. Heute abend 8 Uhr im „Dreierhaus" großer Werbeabend mit Lichtbildervortrag. Die gesamte Arbeiterschaft von Ammendorf und Umgebung ist dazu eingeladen.

Nietleben. Freitag, 18. September abends 8 Uhr, in der „Sonne" öffentliche Werbeversammlung. Sämtliche Arbeiter von Nietleben werden hiermit eingeladen.

Nietleben. Freitag, 18 September, 8 Uhr, alles restlos in der „Sonne" erscheinen zur Versammlung.

Werbebezirk Dölau. Sämtliche Ortsgruppen des Werbebezirks nehmen am Sonnabend geschlossen am Werbeabend in Lettin teil. Antreten in Lettin 7.15 Uhr.

Seeben. Freitag, 18. September, 8 Uhr, findet bei Glaser ein Werbeabend mit Lichtbildervortrag statt. Alle Arbeiter von Seeben und Umgebung sind hierzu eingeladen.

Ammendorf. Sonntag, 20. September, findet im „Burgschlößchen" eine Mitgliederversammlung statt. Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt.

Lettin. Sonnabend, 19. September, 8 Uhr, in der „Erholung" großer Werbeabend.

Reideburg-Büschdorf. Freitag, 18. September, 8 Uhr, bei Bauermann, Büschdorf, Mitgliederpflichtversammlung.

Unterbezirk Merseburg

Kötzschen-Beuna. Freitag, 18. September, abends 8 Uhr, große öffentliche Werbeversammlung im Lokal Lindner. Alle Genossen der Arbeiterpartei und Sympathisierende sind hiermit eingeladen.

Merseburg. Freitag, 18. September, 8 Uhr, in „Stadt Leipzig" Pflichtversammlung. Alles pünktlich erscheinen. Wer dreimal unentschuldigt fehlt, erfolgt ohne weiteres Ausschluß.

Lützen. Mittwoch, 16. September, 8 Uhr, im „Bürgergarten" öffentliche Werbeversammlung. Die gesamte Arbeiterschaft von Lützen ist hierzu eingeladen.

Querfurt. Sonnabend, 19. September, 8 Uhr, große Werbeversammlung. Alles muß erscheinen. Die gesamte Arbeiterschaft ist einzuladen.

Unterbezirk Mansfeld (Gebirgskreis)

Hettstedt. Sonnabend, 19. September, 8 Uhr, findet ein großer Werbeabend, verbunden mit Lichtbildervortrag, statt. Die gesamte Arbeiterschaft von Hettstedt und Umgebung ist hierzu eingeladen. Alle Ortsgruppen des Unterbezirks haben am Sonnabend an dem Werbeabend in Hettstedt vollzählig teilzunehmen.

Unterbezirk Schkeuditz.

Modelwitz. Freitag, 18. September, 7 Uhr, findet im „Landhaus" öffentliche Werbeversammlung, anschließend Ortsgruppengründung statt. Referent Kamerad Richter, Halle. Alle Arbeiter sind dazu eingeladen.

Schkeuditz. Die Ortsgruppe nimmt geschlossen an der Werbeversammlung in Modelwitz teil, da anschließend Mitgliederversammlung für Schkeuditz.

Unterbezirkskonferenz. Dieselbe findet nicht Freitag, sondern Sonntag, den 20. September, vormittags 9 Uhr, im Gasthaus „Zur weißen Taube" statt. Die Ortsgruppen Radefeld, Gröbers, Ermlitz und Modelwitz haben bestimmt einen Vertreter zu entsenden.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen.

Sangerhausen. Donnerstag, 17. September, 3 Uhr, im „Herrnkrug" Versammlung. Mitgliedskarten sind mitzubringen.

Sangerhausen. Donnerstag, 17. September, 3 Uhr, im „Herrnkrug" Versammlung. Mitgliedskarten sind mitzubringen.

Unterbezirk Bitterfeld

Brehna. Freitag, 18. September, 8 Uhr, im „Gasthof zur Erholung" Mitgliederversammlung. Alles hat bestimmt zu erscheinen.

Holzweißig. Freitag, 18. September, 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Heiser.

Unterbezirk Eilenburg

Eilenburg. Donnerstag, 17. September, 8 Uhr, in der „Stadthalle" große Werbeveranstaltung, verbunden mit Lichtbildervortrag. Alle umliegenden Ortsgruppen müssen mit erscheinen.

Die Ortsgruppen Düben, Pressen und Strelln müssen am Donnerstag in Eilenburg zum Werbeabend restlos erscheinen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Torgau. Freitag, 18. September, abends 8 Uhr, öffentliche Werbeversammlung. Das gesamte Proletariat von Torgau ist hiermit eingeladen.

Unterbezirk Wittenberg

Donnerstag, 17. September, 7 Uhr, Abmarsch Schweinemarkt zum Fackelzug nach der Friedrichstadt.

Freitag, 18. September, 5½ Uhr, Abfahrt nach Coswig zum Werbeabend.

Sonnabend, 19. September, 6 Uhr, Abmarsch nach Kemberg zur Gründungsversammlung einer Ortsgruppe. Erscheinen zu sämtlichen Ausmärschen ist Pflicht.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Freitag, 18. Sept., abends 8 Uhr, öffentl. Werbeversammlung in der „Reichshalle". Referent zur Stelle. 6½ Uhr abends Antreten der gesamten Ortsgruppe im Brühl. Spielmannszug zur Stelle.

Theißen. Donnerstag, 17. September, 8 Uhr, Gasthof Luckenau, öffentliche Werbeversammlung.

Trebnitz. Die gesamte Ortsgruppe hat am Donnerstag an der Werbeversammlung in Theißen bestimmt teilzunehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250916-10/fragment/page=0004
DFG

Gewerkschaftsbewegung

Die hallischen Eisenbahner lehnen den Schiedsspruch ab

Vom Einheitsverband der Eisenbahner wird uns berichtet:

In der am Sonnabend, dem 12. September, stattgefundenen Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Halle a. d. S. des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands nahmen die Mitglieder Stellung zu dem Ergebnis der Lohn- und Gehaltsbewegung. Der Bezirksleiter, Kollege Möller, der dazu referierte, gab in seinen Ausführungen einen Ueberblick über die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage. Sodann erstattete er einen umfassenden Bericht über die Lohn- und Gehaltsbewegung. Er bewies klar, **daß die Reichsbahnverwaltung sehr gut in der Lage sei, die von den Gewerkschaften geforderten Lohnerhöhungen tragen zu können,** zahlt sie doch den oberen Beamten Gehälter, die in keinem Verhältnis stehen zu den Elendslöhnen der Arbeiter und den Gehältern der unteren und mittleren Beamten. Hat doch allein der Generaldirektor ein Einkommen pro Woche von 2300 Mark, die sieben Direktoren zusammen 420 000 Mark pro Jahr. Ausschlaggebend bei den Lohn- und Gehaltsverhandlungen ist die Stellungnahme der Arbeitgeberorganisationen, die unter keinen Umständen eine Lohn- und Gehaltserhöhung zulassen wollen, obwohl feststeht, daß **die Löhne zirka 12 Mark pro Woche unter den amtlichen Existenzzahlen liegen.** Die minimalen Zugeständnisse, die gemacht worden sind, bedeuten lediglich eine Verhöhnung der Eisenbahner. Sie zeigen aber auf der anderen Seite klar, daß nur die organisierte Macht der Eisenbahner in der Lage ist, sich bessere Löhne und Gehälter zu erzwingen.

In der folgenden Diskussion gaben die Redner ihrer Empörung über die schmachvolle Einstellung der Verwaltung Ausdruck. Es wurde weiterhin anerkannt, daß die Verhändler des Einheitsverbandes in jeder Beziehung ihre Pflicht getan haben, daß aber nunmehr die Aufgabe jedes einzelnen sein muß, für **Ausbau und Stärkung der Organisation** Sorge zu tragen. Solange die Eisenbahner noch in vielen Organisationen zerrissen sind, so lange noch ein großer Teil von Unorganisierten sich im Betriebe befindet, ist an eine Besserung der Wirtschaftslage nicht zu denken. Es wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß auch denjenigen, die bisher noch glaubten, daß die Verwaltung den Eisenbahnern die notwendigsten Löhne und Gehälter gewähren würde, die Augen geöffnet sind und sie nunmehr den Weg zum Einheitsverband finden. Nachfolgende **Entschließung** wurde **einstimmig** angenommen:

Die am 12. September 1925 im „Volkspark" tagende Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Halle a. d. S. des „Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands" hat mit Empörung von dem im Tarifstreit zwischen Reichsbahngesellschaft und Eisenbahnergewerkschaften gefällten Spruch Kenntnis genommen. Derselbe bedeutet eine Verhöhnung der sich im bittersten Elend befindlichen Eisenbahner, wie sie schlimmer nicht sein kann, obwohl auch dem Schlichter und Besitzer der Verwaltung bekannt ist, daß die Eisenbahnerlöhne heute zu den niedrigsten gehören. Wo soll da die Dienst- und Arbeitsfreudigkeit, die im Interesse des reisenden Publikums so notwendig ist, herkommen, wenn Not, Sorge, Unterernährung und Entbehrung die täglichen Begleiter der Eisenbahner sind. Die Reichsbahngesellschaft ist sehr wohl in der Lage, die geforderte allgemeine Lohnerhöhung zu bewilligen, hat sie doch Millionen und aber Millionen Mark für ihre oberen und höchsten Beamten und für die Korruptionszulage zur Verfügung. Die Versammelten lehnen den Schiedsspruch ab und stellen sich geschlossen hinter die Organisation und geloben, alles zu tun, um den Einheitsverband zu stärken und ihn zu befähigen, die nur zu berechtigten Forderungen mit allen Mitteln durchzusetzen.

Die Reichsarbeiter nehmen den Schiedsspruch an

Die am TAR. (Reichsarbeitertarif) Beteiligten haben in einer nochmaligen Aussprache am Montagvormittag, in der das ganze Für und Wider eingehend erörtert wurde, trotz schwerer Bedenken in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage dem am 10. September gefällten Schiedsspruch ihre Zustimmung gegeben. Ueber die Revision der Lohnzahlen finden am Dienstag im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt. In der Lohnregelung für die Reichsarbeiter gibt es keine eigentlichen Ortszulagen, sondern für jeden Bezirk bestimmte Lohnzahlen. Der Schiedsspruch fordert, daß diese Zahlen nachgeprüft und dort, wo eine Einigung nicht möglich ist, durch Schiedsspruch geklärt werden. Das ist ein kleines Zugeständnis, durch das sich der Schiedsspruch für die Reichsarbeiter zu seinem Vorteil von dem für die Eisenbahner unterscheidet.

Neue Verhandlungen im Bankgewerbe

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, sollen im Laufe dieser Woche erneute Beratungen im Reichsarbeitsministerium über die durch den Schiedsspruch vom 27. August im Bankgewerbe geschaffene Lage stattfinden. Vorläufig ist hierzu der 17. September in Aussicht genommen.

„Volksblatt"-Hetze gegen die Rußlandberichte

Anstatt eine sachliche, gründliche Aussprache über das so viel verlästerte Sowjetsystem zu begrüßen und zu fördern, wie es den Interessen der Arbeiterbewegung doch unbedingt entspricht, rühmt sich das hallische „Volksblatt", daß die **Metallarbeiterversammlung in Halle,** in der Genosse Lüttich über Rußland berichtete, durch seine Hetze und — wir fügen hinzu, leider auch durch ungenügende Vorbereitung, nicht sehr gut besucht war. An dem Referat des Genossen Lüttich konnten die sozialdemokratischen Demagogen nicht einhaken, deshalb suchten sie, aus falschem und richtigem Material, die Verhältnisse in Rußland ihrerseits so darzustellen, wie sie sie gern möchten, aber wie sie nicht sind. Den Bericht des Genossen Lüttich haben wir an anderer Stelle wiedergegeben. Auf die Redereien über „Selbsthypnose", in denen das „Volksblatt" sie gefällt, in der sich also sämtliche Delegierte befunden haben müßten, kann man ernstlich nicht eingehen. Es werden sich in Halle noch mehr Gelegenheiten finden, die einzelnen Fragen, die durch die Rußland-Delegation aufgerollt sind, zu behandeln, an denen die breitesten Arbeitermassen trotz und gerade wegen der Verleumdungen verschiedener Gewerkschaftsführer teilnehmen werden.

In der Metallarbeiterversammlung am 11. September berichtete unter Punkt 2, Verbandsangelegenheiten, der Kollege Gröbel über die Kündigung des Arbeitszeitabkommens, sowie über den Antrag einer Zwischenregelung, betreffend Heraufsetzung des jetzigen Stundenlohnes.

Unter Punkt „Verschiedenes" teilte Kollege Kaiser mit, daß am 26. September ein Verbandsvergnügen stattfindet. Er ersucht um rege Teilnahme.

Nicht nach Sowjet-Rußland, aber ins kapitalistische Amerika

Mitte dieses Monats wird sich eine Delegation der deutschen Gewerkschaften zum Studium der nordamerikanischen Arbeits- und Gewerkschaftsverhältnisse nach den Vereinigten Staaten begeben. Der Bergarbeiterverband wird in dieser Delegation durch seinen Vorsitzenden Husemann und das Mitglied der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale Dr. Berger vertreten sein.

„Kommunistische Treibereien in bergmännischen Siedlerkreisen"

So lautet die Ueberschrift eines Artikels in verschiedenen bürgerlichen Zeitungen Mitteldeutschlands, der in verleumderischer Weise die Oeffentlichkeit irreführen will. Es heißt hier:

„Am 16. August fand in Halle eine mitteldeutsche Bergarbeiter-Siedlerkonferenz statt, die sich mit der Gründung eines Zweckverbandes befaßte, um dann den Kampf aufzunehmen 1. gegen die Bindung des Besitzrechtes an den Kohlenbergbau; 2. gegen die Aufwertung der Sicherheitshypothek und den damit verbundenen Zinsendienst."

Weiter sagt der Artikel, daß sich die Kommunistische Partei dieser Angelegenheit bemächtigt habe und sie rücksichtslos parteipolitisch ausschlachte. Dann versucht der Artikel zu beweisen, daß die Forderungen der Konferenz vollkommen unberechtigt seien. An nachstehender, uns von einem an der Siedlerkonferenz beteiligten Bergarbeiter eingesandten Schilderung möge die mitteldeutsche Arbeiterschaft selbst entscheiden, ob die Forderungen Berechtigung haben oder nicht.

Als nach dem Kriege die Entente teilweise die deutschen Kohlenbecken raubte bzw. verlangte, daß die deutschen Bergleute die Kohlen für sie ausbeuten sollten, sah sich die damalige sozialistische Regierung gezwungen, die innerdeutschen Kohlenlager mehr als bis dahin auszubauen. Zu diesem Zwecke beschloß der Reichstag im Jahre 1919 die Erhöhung der Kohlenpreise. Mit der Differenz zwischen den alten und neuen Preisen **sollten Siedlungen für die Bergarbeiter** gebaut werden. So sehr das bei dem noch heute großen Wohnungsmangel notwendig war, so war die ganze Anlage doch nur im Interesse der Grubenbarone. Zur Erbauung und Verwaltung dieser Siedlungen wurde eine „Treuhandgesellschaft" gebildet. Dieselbe sollte paritätisch zusammengesetzt sein. Anfangs gaben sich die Siedler der Illusion hin, daß diese Treuhandgesellschaft von sozialem Gefühl beseelt wäre. In liebenswürdiger Weise verstand man es, den Siedlern die Häuser zum Kauf anzubieten, immer mit dem Hinweis, daß dadurch bereits die erste Stufe des Paradieses erreicht sei. Trotz verschiedener Warnungen ließen sich die Bergproleten überreden und schlossen den Kaufvertrag ab. Dieses soziale Gesicht der Treuhandgesellschaft änderte sich aber in dem Maße, wie die Macht zwischen Proletariat und Kapital wieder zugunsten des letzteren wuchs. Nachdem durch die **Einführung des Zehnstundentages** das alte Vorkriegsherrenrecht wieder hergestellt war, zeigte sich auch die Treuhandgesellschaft als Sachwalterin der Grubenkönige ganz offen als Herr im Hause. Die nackte kapitalistische Zuhälterfratze trat hervor. Daran zweifelt heute kein Siedler mehr.

Nachdem in dem Kampf um den Zehnstundentag die Bergkumpels auch noch massenweise **auf das Straßenpflaster flogen** und mit ihren Familien in ungeheures Elend kamen, hofft man, sie als noch willigere Sklaven als früher für sich schuften lassen zu können. Da nun aber unter diesen Verhältnissen die Arbeitswilligen für den Bergbau nicht mehr in Scharen anmarschieren, übernahm es die Treuhandgesellschaft, die in den Siedlungen wohnenden Proleten mit aller Brutalität in den Bergbau zurückzuzwingen. Die unglaubwürdigsten Frechheiten erlaubte sich die Treuhandgesellschaft dabei. Hat ein aus dem Bergbau herausgeworfener Prolet z. B. irgendwo anders Arbeit angenommen, um seine Familie nicht buchstäblich verhungern zu lassen, so bekommt er ein Schreiben dieser Treuhandgesellschaft nach dem anderen, worin man unter Ankündigung von Zwangsmaßnahmen die betreffenden Siedler zwingen will, **entweder unter den menschenunwürdigsten Bedingungen in den Bergbau zurückzukehren, oder aber die Wohnung zu räumen.** Trotz aller Drohungen hat man es bis heute zwar nicht gewagt, mit Polizeigewalt die Siedler aus ihren Häusern zu treiben, man wird aber diese Drohung zur Wahrheit werden lassen, wenn man die Situation für geeignet dazu hält.

Die Bergarbeiter-Siedler diskutieren nun darüber, ob es berechtigt ist, daß sie den Kampf gegen die Bindung des Wohnungsinnehabens an das Arbeiten im Bergbau aufnehmen. Bei dieser Frage muß man an das Jahr 1923 zurückdenken, als die Massenentlassungen im Bergbau vorgenommen wurden und man nicht danach fragte, ob auf die Straße geworfene Bergarbeiter in Siedlungen wohnen oder nicht. Fast zwei Jahre verlangte man von den damals arbeitslos Gewordenen die Zurückkehr in den Bergbau nicht. Erst seit einigen Monaten verlangt die Treuhandgesellschaft von den Bergmannssiedlern, die, im Jahre 1923 und in der Folgezeit brotlos gemacht, sich anderswo Arbeit suchen mußten, ihre jetzige Arbeit aufzugeben und in den Bergbau zurückzukehren. Zeigt das nicht deutlich genug, wessen Interesse die Treuhandgesellschaft vertritt? **Sollen die Siedler sich ein solches Sklaventum gefallen lassen?**

Doch nicht genug damit. Die von der Allgemeinheit durch Kohlensteuer aufgebrachten Gelder, die laut Reichstagsbeschluß als „unverzinsliche Beihilfe-Hypotheken" gelten sollen, sollen jetzt von den Siedlerhausbesitzern verzinst werden. Für die Möglichkeit der Verzinsung hat der Reichstag im wohlweislichen Interesse der Kapitalisten eine Tür offengelassen und dem Reichsarbeitsminister das Machtwort hierzu erteilt. Kein Siedler hätte selbstverständlich Ursache, darüber zu jammern, wenn die Zinsen von den Geldern der Allgemeinheit wieder zur Allgemeinheit zurückfließen würden. Kein Siedler denkt daran, Zinsen zu verweigern. Aber, da **die Zinsen lediglich dazu verwandt werden sollen, um das wohlgefällige Dasein der Treuhandgesellschaft noch recht lange zu erhalten,** so ist es nur allzu begreiflich, daß die Siedler wie ein Mann dagegen Sturm laufen. In verschiedenen Siedlungen wandte man sich an den Reichsarbeitsminister und verlangte, daß er seine Zustimmung zur Verzinslichmachung der Beihilfe-Hypotheken nicht geben sollte. Ausdrücklich steht in dem Schreiben an den Reichsarbeitsminister nach genauer Begründung, daß die Bergarbeiter-Siedler wohl Zinsen zahlen wollen wirklich an die Allgemeinheit, aber nicht an die Treuhandgesellschaft.

Die Treuhandgesellschaft aber fand das willige Ohr des Arbeitsministers, während die Siedler abblitzten. Brauns erlaubte der Treuhandgesellschaft offiziell, aus den Bergsiedlern herauszuquetschen an Zinsen was nur möglich ist. Die Treuhandgesellschaft rief dann die gerechte, unparteiische deutsche Justiz zu Hilfe, und dieser Dreieinigkeit gelang es endlich, die Versklavungsmethoden der Kohlenbarone zu verwirklichen. Dies brachte auch dem letzten Siedler die Erkenntnis, in welchem abhängigen Sklavenverhältnis der Kohlenkapitalisten er sich befindet. **Die daraufhin einberufene Konferenz in Halle, auf der 75 Prozent der Siedlungen vertreten waren,** zeigte, daß in allen Siedlungen der Kampfwille um „freies Menschentum" vorhanden ist. Zu dieser Konferenz waren eingeladen: die SPD., die KPD., der Reichsarbeitsminister und die Treuhandgesellschaft. **Erschienen war nur die KPD.** Wie man dadurch „kommunistische Treibereien" feststellt, bleibt wahrlich das Geheimnis des bürgerlichen Artikelschreibers, der glaubt, mit dem „roten Gespenst" die Siedler von ihrem Kampf abhalten zu können. Das wird ihm nicht gelingen. Die Siedler werden den Kampf gegen die Versklavung **weiterführen. Die Unterstützung des Proletariats ist ihnen gewiß.**

Der Bergarbeiterverband Eisleben festigt sich

Nach langer Ruhepause hielt die Zahlstelle Eisleben des Bergarbeiterverbandes am Sonntag eine Zahlstellenversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz. 2. Organisation und Agitation. 3. Verbandsangelegenheiten.

Das letzte Protokoll wurde vom Genossen Wessell beanstandet und soll abgeändert werden. Zum 1. Tagesordnungspunkte referierten die Knappschaftsältesten Ebert und Lange. Die lebhafte Diskussion ging dahin, zumindest das Errungene festzuhalten und weiter auszubauen und auf keinen Fall weitere Verschlechterungen hinzunehmen. Bemängelt wurde, daß noch **kein Bezirksknappschaftsvorstand** gebildet ist.

Den zweiten Punkt behandelte der Lokalangestellte Böttcher unter dem Motto: Wie können wir in Mansfeld die Organisation vorwärts treiben? In der Diskussion verlangte Kollege Wessell, daß in den Arbeitervereinen **Nachfrage bei den Mitgliedern gehalten wird, wer freigewerkschaftlich organisiert ist.** Einige Sozialdemokraten aber äußerten sich gegen den Vorschlag und machten die bezeichnende Bemerkung, daß sie dann erledigt seien. Genosse Lämmer zeigte, wie notwendig es ist, einen Delegierten von Rußland zu hören und gerade bei dieser Gelegenheit auch für die Organisation Mitglieder zu gewinnen.

Zu Punkt 3 erstattete Kollege Kaufmann den **Kartellbericht.** Die Abhaltung eines Tanzvergnügens wurde gegen die Ausführungen des Kollegen Wessell angenommen. Die Versammlung hat gezeigt, daß die Bergarbeiter auch heute nicht gewillt sind, sich mit Ochsenfleisch einfangen zu lassen. Die Zeit ist ernst, es ist dringend notwendig, sich wieder fest zusammenzufinden im Bergarbeiterverband.

16. 9. 25.

Auch in Hohenleipisch werden die Gewerkschaften wieder aufgebaut

Am Donnerstag, dem 10. September, fand im Gasthof zur „Weintraube", Hohenleipisch, eine **öffentliche Versammlung der Tonwarenindustrie** statt. **Tagesordnung:** 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Blumentopf-Fabrikation. 2. Der Kampf der Arbeitgeberorganisation gegen die Töpfer. 3. Aussprache. Referent Kollege Franke, Crinitz. Genosse Haberland eröffnet die Versammlung und gibt bekannt, daß die Lohnverhältnisse in der Blumentopfbranche sehr niedrige sind. Die Gewerkschaftsorganisation muß unbedingt wieder aufgebaut werden. Kollege Franke betont gleich zu Anfang seiner Ausführungen, daß die Versammlung den Zweck hat, die Belegschaften der Blumentopffabriken und Töpfereien dem Verband zuzuführen. Er schildert die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Tonwarenindustrie und zeigt den Anwesenden (50 Arbeiter und Arbeiterinnen sämtlicher Betriebe unseres Ortes waren vertreten) an Hand des Tarifes, **wie schlecht sie entlohnt werden.** In der Aussprache melden sich verschiedene Kollegen zum Wort, es wird allgemein anerkannt, daß es **notwendig ist, dem Baugewerksbund, Abteilung Töpfer, beizutreten,** um den Kampf gegen die Unternehmer erfolgreich zu führen. Nach längerer Aussprache werden der Vertrauensmann, Hauptkassierer und Unterkassierer gewählt. Die Anwesenden sind bereit, dem Verband beizutreten.

Die Beamten nach einem Jahre Dawes-Plan

Am 29. August war es ein Jahr her, daß der Deutsche Reichstag mit Hilfe der halbierten deutschnationalen Fraktion die Gesetze zum Dawes-Plan angenommen hat. Die sozialdemokratischen Liebediener der Entente-Imperialisten haben diesen Jahrestag erneut zum Anlaß genommen, um die „Richtigkeit" ihrer Erfüllungspolitik in alle Welt hinauszupposaunen.

Es ist richtig, daß der Dawes-Plan sich im ersten „milden" Jahre noch nicht mit voller Schwere zuungunsten der Arbeiter ausgewirkt hat. Aber eine Schicht des werktätigen Volkes hat die unmittelbaren Auswirkungen schon im ersten Jahre ganz empfindlich zu spüren bekommen, das sind die deutschen **Beamten.** Die Bedeutung dieser Tatsache für die politische Entwicklung der deutschen Beamten in der Zukunft kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Erst die **Dawes-Gesetze** haben einen **Dauerzustand der fortlaufenden Verschlechterungen mit dem Ziele der endgültigen Abschaffung der Beamtenrechte geschaffen.** Zwar erstreckten sie sich unmittelbar zunächst nur auf die **Eisenbahnbeamten.** Aber ein Jahr Dawes-Plan hat bereits deutlich gezeigt, daß die Auswirkungen auf die übrigen Beamten und darüber hinaus sogar auf die „freien" Arbeiter und Angestellten in steigendem Maße von verhängnisvoller Bedeutung sind. Es ist deshalb wichtig, sich den bisherigen Entwicklungsgang der Personalverhältnisse bei der Eisenbahn vor Augen zu führen.

Nach den Geständnissen der Regierungsvertreter hatte ursprünglich die Absicht bestanden, die **Beamten einfach in das private Angestelltenverhältnis zu überführen.** Aber die Vögte der Morgan & Ko. sind schließlich davon abgekommen. Man hatte ein viel feineres System der Entrechtung ausgeknobelt. Die Eisenbahnbeamten haben dieselben Pflichten wie die Reichsbeamten, das heißt, sie dürfen vor allen Dingen nicht streiken und müssen nach der Rechtsprechung der deutschen Gerichte sogar Streikbrecherdienste leisten. Andererseits haben alle Reichsbahnbeamten folgende **Einbußen an ihren Rechten** erlitten:

Sie können ohne weiteres auf Dienstposten von geringerer Bewertung versetzt werden.

Sie können gegen ihren Willen in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden.

In den einstweiligen Ruhestand versetzte Beamte können zur Uebernahme von anderen Diensten verpflichtet werden.

Das Reich übernimmt keine unmittelbare Garantie für die Gehälter.

Der Verwaltungsrat setzt die Gehälter fest. Das Parlament ist ausgeschaltet.

Die übrigen Rechts- und Dienstverhältnisse (Laufbahn, Beförderung usw.) unterliegen vollkommen der Willkür der Verwaltung. Sie sind bis heute nicht geregelt.

Wenn nun schon für die durch die Gesellschaft vom Reich übernommenen Beamten so viele Minderungen der Rechte eingetreten sind, so stehen die **neuen Beamten und damit die ganze Zukunft des Beamtentums bei der Eisenbahn noch viel schlechter da. Die Gesellschaft ist überhaupt nicht verpflichtet, künftig Beamte auf Lebenszeit anzustellen.** Der sogenannte **„Kündigungsbeamte"**, der in Wirklichkeit ein „freier" Angestellter mit den Bindungen des Beamtenrechtes ist, ist der Typ des künftigen Reichsbahnbeamten. Die Gesellschaft kann ihn unter Einhaltung einer gewissen Kündigungsfrist jederzeit entlassen. Selbst nach zehnjähriger Dienstzeit ist die Gesellschaft nicht mehr verpflichtet, ihren Beamten, wie Staat und Gemeinde, Pension zu zahlen. Andererseits unterstehen diese „Beamten" aber auch nicht der sozialen Versicherungsgesetzgebung, sie erhalten bei Entlassung nicht einmal Erwerbslosenunterstützung. Man sieht, die dawesierte Eisenbahn hat wirklich großzügige amerikanische Methoden eingeführt. Sie hat den Ruhm erworben, das sozial rückständigste Unternehmen zu sein.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250916-10/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Das Bürgerparlament tagt wieder

Was wird die KPD. tun?

Die Rathaus-Demokratie beginnt diese Woche wieder zu „regieren". Die Bürgerschaft hat zwar gar nichts davon gemerkt, daß die regierenden Demokraten nicht regierten in den Sommermonaten. Und viele Leute wissen ja ohnehin, daß das Parlament des Bürgertums überhaupt nur Dekoration ist um eine Bureaukratie, die den ganzen Laden der städtischen Verwaltung in Gang hält, ganz gleich, ob die Bürgerdemokraten tagen oder nicht. Na, und was an den Berichten über ihre Zusammenkünfte auf dem Rathaus den Spießer interessierte — wie die Demokratie die Angriffe der Kommunisten auf Ordnung und Eigentum zurückwies und wie dabei solche „Ruhestörer" an die frische Luft befördert wurden —, das hat er ja auch in der bürgerparlamentslosen Zeit von Quedlinburg her vorgesetzt bekommen, wo unter Leitung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Beims ein Polizeiaufgebot Kommunisten vom Städtetag entfernte, die von diesem Bürgerparlament gefordert hatten, es solle sich mit Maßnahmen zur Bekämpfung des Notstands im Proletariat und seiner Ursachen befassen.

Dieser Rausschmiß hat nicht nur den persönlichen Beifall des Stadtverordnetenhäuptlings Busse in Quedlinburg gefunden. Er ist sozusagen zum Motiv des Auftakts der Verhandlungen der hallischen Stadtverordnetenversammlung geworden. Diese schwarzweißroten Demokraten wollen ihrer Vergangenheit treu Demokraten bleiben. Ihre Methode der Entrechtung gegenüber der kommunistischen Fraktion in bezug auf die Bildung der städtischen Deputationen ist zwar inzwischen zusammengebrochen. Denn sie werden jetzt nach dem Wiederbeginn der Stadtverordnetensitzungen neugebildet, da die Ausschaltung einer ganzen Fraktion durch Mehrheitsbeschluß den Wahlvorschriften über Verhältniswahl widersprach, die zwingend anzuwenden waren. Aber in den schwarzweißroten Demokratenblättern war dieser Tage bereits zu lesen, daß die Mehrheit bei Besetzung des Amtes des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers, durch den Tod des Bürgerlichen Hellmann erledigt, wieder einem Bürgerlichen übertragen wird. Das heißt, die Bürgerlichen unterdrücken und entrechten die kommunistische Fraktion bei der Bildung des Bureaus dauernd.

Unsere Genossen werden trotzdem ihre Forderung anmelden und verfechten. Dabei wird sich zeigen, ob die Sozialdemokraten auf dem hallischen Rathause ein Recht haben, anderen Leuten vorzuwerfen, daß sie auf einem „undemokratischen Standpunkt" beharren wollen. Die von der bürgerlichen Presse vertretene Auffassung, daß man den Posten des zweiten Vorstehers einem Stadtverordneten anvertrauen müsse, der die nötigen Qualitäten hat, schließt gewiß nicht die Wahl eines Sozialdemokraten aus. Wie wäre es z. B. mit Herrn Dürrfeld, der seinerzeit in ganz kurzer Gastrolle am Vorstandstisch schon den Beweis lieferte, daß er die Demokratie auf den Zuhörertribünen gar nicht leiden kann, wenn sie aus Proleten besteht, die ihrer Empörung über das undemokratische Treiben da unten im Saale auf der bürgerlichen Seite durch empörte Zurufe Ausdruck verleihen? Aber die bürgerliche Mehrheit hat ja die Entscheidung und die Wahl. Sie möge nicht vergessen, wie sich Herr Beims, Nichtsozialdemokrat, in Quedlinburg auf dem Städtetag als Vollstrecker der Demokratie gegenüber den kommunistischen Arbeiterforderungen durch polizeilichen Rausschmiß bewährte.

Es charakterisiert das kommunalpolitische Niveau des „Volksblattes" treffend, daß es in der Zeit von ihm selbst proklamierten schärfsten Kampfes gegen Zollwucher und Steuerdruck, den die arbeitenden Massen beginnen müssen, daß es den „Kampf" gegen die Luther-Regierung, ihre schwarzweißrote Reichstagsmehrheit und ihre Beschlüsse gegen die Gemeinden beim Finanzausgleich zum Wiederbeginn der Stadtverordnetenversammlung mit einigen schnoddrigen Bemerkungen hält. Man liest da im „Volksblatt" etwas von „sogenannten unbeschriebenen Blättern", „Idealisten, die in den November-tagen unter die Demokraten geraten, inzwischen längst in die schwarzweißrote Heimat zurückgekehrt sind", von der „gewichtigen Persönlichkeit des Herrn Hoß", von „Muß-Kommunisten", „Straßenbahnsteigkarten" und selbstverständlich auch von „Grische Sinowjew". Was die SPD. zu unternehmen gedenkt durch ihre Stadtverordnetenfraktion — davon steht im Kalparek-Blatte kein Wort zu lesen. Woraus der Schluß zu ziehen ist, daß die SPD. auch jetzt nichts unternehmen wird zur Vertretung der Interessen der werktätigen Massen. Denn gegen den Zollwucher ankämpfen in den Gemeindeparlamenten, wie das die kommunistische Fraktion unversüglich tun wird, ist ja auch nach Meinung des Herrn Severing hochpolitisch und unerlaubt. Denn dem Wohnungselend zu Leibe rücken mit Angriffen auf die Politik der Mieten- und Hauszinssteuersteigerung, wie sie in Verbindung mit dem Steuerabbau bei den Besitzenden von der Reichsregierung und Reichstagsmehrheit betrieben wird, ist wiederum unerlaubt. Außerdem ist ja die SPD. unentwegt hauszinssteuerfromm, weil diese Sondersteuer für Mieter der Ait ist, auf dem die Braun und Severing in Preußen mit ihrer Schutzpolizei sitzen. Und endlich das Finanzausgleichsgesetz, das die Gemeindefinanzen von oben her erheblich kürzt — dazu hat die SPD. bereits das Stichwort ausgegeben, daß es „keine endgültige Lösung" darstelle. Und worüber man nicht zu reden brauche, wenn auch infolge Geldmangels in den Gemeinden diesen Winter das Elend in den Kreisen der Erwerbslosen, Kriegsopfer, Rentner usw. riesengroß wird.

Was die SPD. bestimmt nicht tun wird, wird die KPD. tun. Sie wird durch ihre Stadtverordnetenfraktion von der Stadtverwaltung **soziale Pflichterfüllung gegenüber den Opfern der Hindenburg-Politik** in weitestgehendem Maße fordern. Sie wird politisch die Ursache dieser Politik feststellen und für den Gedanken gemeinsamer Hilfe und gemeinsamer Abwehr durch das gesamte Proletariat auf der Plattform lebenswichtiger Forderungen werben.

All ihren Einfluß wird die KPD. aufbringen in Verbindung mit den Betrieben, Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen sozialen Organisationen, um den Erfolg zu erreichen. Sie wird überall die Forderungen der arbeitenden Massen aufstellen und vertreten. Die KPD. wird dabei kein „merklich verändertes Gesicht" zeigen, wenn in ihrer Stadtverordnetenfraktion nach dem Wiedersammentritt auch einige neu eingetretene Genossen sitzen werden. Sie wird genau die gleiche Politik führen wie bisher. Sie wird auch kämpfen um die **Erweiterung ihres Einflusses**. Einer der ersten Anträge in der Stadtverordnetenversammlung wird der Klärung der Frage dienen, ob es den Gesetzen der Demokratie entspricht, daß der KPD. seit 1½ Jahren zustehende Magistratssitze von irgendwem ihr vorenthalten werden und wer diese Stelle

Aus dem hallischen Radiowesen

Die Funkvereinigung Halle übersendet uns einen Bericht, in dem sie ihre Stellungnahme zu der neuerlassenen Polizeiverordnung über den Bau von Hochantennen für den Rundfunk äußert. Da, wie die Funkvereinigung ausführt, diese Polizeiverordnung sich hauptsächlich gegen die undemittelten Rundfunkhörer richtet, geben wir einen Auszug ihres Inhalts wieder:

Die Polizeiverordnung über den Bau von Hochantennen

Begreiflicherweise hat die Verordnung der städtischen Baupolizeiverwaltung über den Bau von Hochantennen, vom 12. August d. J., die Funkfreunde Halles in die größte Erregung versetzt, zumal auf die Uebertretung eine Strafe bis zu 150 Mark, im Unvermögensfalle bis zu drei Tagen Haft steht. Die Verordnung wurde am 29. August veröffentlicht und muß daher schon bis spätestens 28. September ausgeführt sein. Die Funkvereinigung Halle e. V. hat daher in ihrer Mitgliederversammlung vom 11. September zu den Bestimmungen ausführlich Stellung genommen, die wir hier zur Orientierung aller Besitzer von Hochantennen kurz mitteilen:

Daß der Bau von Hochantennen einer gewissen behördlichen Ueberwachung bedarf, muß unbedingt anerkannt werden. Anlagen von mangelhafter Festigkeit können durch Reißen der Drähte und Herabstürzen der Masten, insbesondere, wenn sie in Berührung mit Starkstromleitungen kommen, Leben und Gesundheit von Personen gefährden. Auch eine Störung der Fernsprechleitungen und des Feuerwehrtelegraphen, wie der Reinigung der Schornsteine muß vermieden werden. Endlich hat die Baupolizei die Pflicht, gröbliche Verunschönerungen des Städtebildes durch auffällig und schlecht angebrachte Antennen zu verhindern. Gegen eine straffe Regelung des Antennenbaues haben also die Funkfreunde im Prinzip nichts einzuwenden. Es mußte aber erwartet werden, daß diese Vorschriften von Fachleuten, oder doch wenigstens von Personen, die einige Kenntnisse und Erfahrungen im Funkwesen haben, ausgearbeitet wurden. Die Funkvereinigung Halle hatte sich seinerzeit auch zur Mitwirkung und Beratung angeboten, auch die als fachmännisch unterrichtet zu betrachtende Telegraphenverwaltung war bestrebt, die unsachgemäße Abfassung des ihr vorgelegten Entwurfes zu verbessern. Aber die Baupolizei ließ sich von ihrem Standpunkt nur in unwesentlichen Dingen abbringen, obwohl sogar der fachmännische Referent der Staatspolizei, die doch für Befolgung der Verordnung sorgen muß, schwerwiegende Bedenken gegen einzelne Bestimmungen hatte. So beweist z. B. der Satz: „auf Verlangen sind Festigkeitsberechnungen vorzulegen", die Lächerlichkeit der Verordnung; denn solche Berechnungen sind heute noch ein ungelöstes Problem der statistischen Wissenschaft, das selbst im Starkstromwesen mit seinen alten Erfahrungen große Schwierigkeiten macht. Der Satz: „dem Genehmigungsantrage ist die Zustimmungserklärung der Reichstelegraphenverwaltung beizufügen", zeigt, daß der Verfasser der Verordnung nicht einmal die Organisation des Rundfunkwesens und die damit zusammenhängenden Bestimmungen kennt; denn die Telegraphenverwaltung hat mit dem Antennenbau nicht das geringste zu tun, sie kassiert lediglich die Rundfunkgebühren ein, führt sie zum Teil an die Sendegesellschaften ab und leitet den technischen Teil des Sendwesens. Es liegt hier eine Verwechslung vor mit den Bestimmungen über die Anbringung von Antennen an Telephongestängen.

Aeußerst bedenklich ist die Bestimmung, nach der Antennen nur durch Personen ausgeführt werden dürfen, die vom städtischen Elektrizitätswerk zur Ausführung zugelassen sind. Der geringste Einblick in die Hochfrequenztechnik lehrt, daß Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete des Starkstromes nicht auf das Funkwesen anwendbar sind. Die zahlreichen Bastler der Funkvereinigung, die zudem faktisch geleitete Prüfung für die Audionversuchserlaubnis bestanden haben, sind bestimmt bessere Antennenbauer, als irgendein Techniker oder Monteur aus dem Starkstromgebiet.

Die Verordnung, die übrigens auch auf schon bestehende Anlagen angewandt wird, zieht den ganzen bureaukratischen Apparat auf: Vor-Anmeldung, Benachrichtigung, Beibringung aller möglichen Bescheinigungen usw. Dies erfordert einen Zeitaufwand, den der beruflich Tätige nicht machen kann, es entstehen auch so hohe Unkosten, daß die Minderbemittelten sich keine Hochantenne mehr bauen können und wahrscheinlich gezwungen sind, eine bestehende, mit Mühe aufgebaute, abzureißen. Während ein geschickter Bastler sich eine gute Hochantenne für 5 bis höchstens 20 Mark (wenn sehr hohe Gestänge nötig sind) herstellen kann, muß er künftig den vier- bis fünfzachen Betrag aufwenden. In der genannten Mitgliederversammlung wurde der Vorschlag gemacht, alle Hochantennen abzubrechen und auf Empfang mit Zimmer- und Rahmenantennen überzugehen. Dem wurde aber folgendes entgegengehalten: Solcher Empfang bedarf hoher Verstärkungsgrade, was die Beschaffungs- und Betriebskosten der Empfangseinrichtung wesentlich erhöht. Der Empfang ohne Kraftquelle mit Kristall-Detektor ist so recht eigentlich der des „kleinen Mannes", bedarf aber einer guten Hochantenne. Auch der Empfang entfernter Sender mit Apparaten mittlerer Preislage (ein bis zwei Röhren) ist in der Regel nur mit Hochantenne einwandfrei möglich. Apparate, die ohne Hochantenne entfernte Stationen am Tage gut empfangen (Nachtempfang kommt ja in Halle wegen der Straßenbahnstörungen nicht in Betracht; man muß zu den Schaltungen mit 4 bis 8 Röhren greifen), kosten auch dem Bastler mehrere hundert Mark. Der endgültige Erfolg der Verordnung wird also sein, daß nur der sehr Wohlhabende Höchstleistungen (und die verlangt doch der ernsthafte Funkfreund) im Empfang erzielen kann, der Minderbemittelte wird nicht einmal in der Lage sein, sich Sonntag vormittag mit seinem Detektor- oder Einröhrenapparat die Morgenfeier des Leipziger Senders anzuhören. Recht viel mehr, als die Sonntagsvorführungen hört ja der Berufstätige in der Regel hier doch nicht. Halle hat den schlechtesten Empfang von allen Städten der Erde infolge der Störungen durch die Straßenbahn in der Dunkelheit. Und ausgerechnet in Halle geht man so gegen die unentwegt begeisterten Funkfreunde vor, anstatt den höchst einfachen Weg zu wählen, einen fachmännisch geschulten Polizeibeamten durch die Straßen Halles zu schicken, der bei den Eigentümern bedenklicher Antennenanlagen vorspricht und ihm Angaben für Abänderungen macht, die dann in einer bestimmten Frist durchgeführt sein müssen.

---

ist. Diese Sache ist nämlich ein Skandal. Drei Kommunisten hat bekanntlich die Aufsichtsbehörde — der sozialdemokratische Regierungspräsident Grützner! — nicht bestätigt und andere Genossen von der Vorschlagsliste werden überhaupt nicht berufen, obzwar dazu der Magistrat auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen über Verhältniswahl **verpflichtet** ist. Dieser Sache muß man einmal auf den Grund gehen, damit die Verantwortlichkeiten festgestellt werden. Wenn dabei die sogenannte „demokratische Selbstverwaltung" im Reiche der Herren Severing und Grützner als **Feigenblatt schamlosester Reaktion und sozialdemokratischer Führer-Korruption entlarvt** werden sollte, auch das wird ein Stück des Prozesses der politischen Klärung in den Massen sein.

Stahlhelm gegen Jung-Spartakus

Von einem Arbeiterkind wird uns geschrieben:

Als ich und noch zwei Genossen am Montag, dem 14. September, auf der Straße ein Kampflied jungen, stand ein nationaler Jüngling in unserer Nähe. Er war ungefähr zwanzig Jahre alt. Wir drei hatten jeder eine kleine rote Fahne in der Hand. Als wir sangen, sprach der Stahlhelmer: „Wenn ich Euch auffresse", und zu mir sagte er: „Wenn ich Dich an die Wand knetsche, daß Du kleben bleibst." Ich erzählte mir darauf mit meinen Genossen etwas, und da wollte er mich schlagen. G. B., 13 Jahre.

Arbeiter, achtet auf diese Helden!

Als am Sonntag, dem 30. August der Stahlhelmmann Paul Hauptmann, Alter Markt 4, sich von mehreren Passanten verfolgt glaubte und diese in ziemlich rüpelhafter Art anrempelte, wodurch sich eine etwas laute Unterhaltung bemerkbar machte, war dieser teutsche Mann auf einmal recht feige geworden. Der Feinkosthändler Fritz Böhnke, Rannischestraße 1, wurde zur Hilfe geholt, um die nach seinem Ausspruch besseren Lümmels zu verfolgen. Dieser Herr Böhnke, ebenfalls ein ausgesprochener Stahlhelmmann, kam mit seinem großen Hunde, ohne Leine und Beißkorb; denn scheinbar haben die polizeilichen Verordnungen für diese Leute keine Gültigkeit. B. wollte nunmehr den starken Mann markieren. Von vorübergehenden Arbeitern zur Rede gestellt, erklärte dieser Feinkosthändler: er rechne nicht auf die Kundschaft der Arbeiter!

Genau so wie dieser Herr Böhnke ist auch der Kaufmann Rudolff, Rannischestraße 20, zu bewerten. Wenn dieser noble Herr erklärt, **daß er auf Sammellisten der ausgesperrten Bauarbeiter nicht zeichne**, seine Tochter hingegen sagt, daß man auf Listen des Stahlhelms gern etwas gibt, dann ersieht auch hieran die Arbeiterschaft, wes Geistes kind diese Menschen sind. Diese Leute sollen sich dort ihre Kundschaft suchen, wo sie sich hingezogen fühlen.

Den Herrn Hauptmann möchten wir noch daran erinnern, daß er in seiner Tätigkeit als Elektriker im Leuna-Werk einst den Radikalen spielte und heute das Gegenteil darstellt. Solche Handlungsweise nennt man Gesinnungslumperei.

Hallische Tageschronik

Jeden Tag Selbstmorde!

Am 15. September 1925, gegen 7.45 vormittags, wurde ein 23jähriger hiesiger Kaufmann in den Anlagen auf den Kröllwitzer Höhen unweit des Bismarck-Denkmals erhängt aufgefunden. Nach vorgefundenen Papieren dürfte er die Tat wegen finanzieller Schwierigkeiten begangen haben. Die Leiche wurde nach dem Gertraudenfriedhof übergeführt.

Am 15. September 1925, gegen 3 Uhr mittags, wurde in einem Fremdenzimmer eines hiesigen Gasthofes ein 48jähriger Kaufmann in bewußtlosem Zustande im Bett aufgefunden. Auf Anordnung des hinzugezogenen Arztes wurde der Bewußtlose mittels Krankenwagens der Klinik zugeführt. Die genaue Ursache der Besinnungslosigkeit konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Anscheinend liegt Vergiftung infolge Einnehmens einer zu großen Menge Schlafpulver vor.

---

* **Achtung, Bauarbeiter!** Heute abend ½8 Uhr Mitgliederversammlung im „Volkspark". Tagesordnung: Bericht des Rußland-Delegierten Kollegen Brose vom Hauptvorstand. Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz. Die Pflicht jedes Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. **Der Gesamtvorstand und die Funktionäre treffen sich vor der Versammlung um 7 Uhr im Rauchzimmer. Verband der ausgesichl. Bauarbeiter.**

* **Achtung, Metallarbeiter!** Freitag 7½ Uhr findet im „Volkspark" eine wichtige Funktionärversammlung statt. Wir ersuchen alle Betriebsräte, Vertrauensleute, Beitragskassierer usw., zu erscheinen.

Kommunistische Zimmerer und alle im Zentralverband der Zimmerer politisch in der KPD. organisierten Mitgliedern müssen am Donnerstag, dem 17. September, abends 8 Uhr, zu einer sehr wichtigen Sitzung im „Volkspark" erscheinen. Tagesordnung daselbst.

Rietleben

Werbeversammlung des RFB. Freitag, den 18. September, abends 8 Uhr, findet im Gasthof „Zur Sonne" eine öffentliche Werbeversammlung des Roten Frontkämpfer-Bundes statt. Da eine sehr wichtige Tagesordnung zugrunde liegt und ein Referent von Halle erscheint, laden wir hiermit alle Genossen der Sportvereine und der Arbeiterpartei sowie Sympathisierende zu dieser Versammlung mit dem Ersuchen um vollzähliges Erscheinen ein.

Passendorf

Gemeindevertretersitzung. Zu der am 11. d. M. stattgefundenen Gemeindevertretersitzung standen acht Punkte zur Verhandlung. In Punkt 1 wurde, nachdem die Genossen Bowitzki und Willy Herrmann als Schöffen nicht bestätigt worden sind, der Maler Kollege Otto Herrmann als Schöffe eingeführt. Zu Punkt 2, Feststellung der Gemeinderechnung von 1924 ist zu bemerken, daß die Gemeindekasse mit einem Ueberschuß von 4688 Mark abschließt. In Punkt 3 wünscht die Ueberlandzentrale Amsdorf den Vertrag mit der Gemeinde, welcher 1933 abläuft, bis 1960 zu verlängern, damit sich zum Umbau der Freileitungen nötig machende Kapitalsanlagen rentierten. Dieser Punkt wird vertagt und einer Kommission überwiesen. Zum Punkt 4, Anschaffung eines dritten gekörten Ziegenbockes, soll erst eine Aufnahme des Ziegenbestandes vorgenommen werden. Der Antrag des Fußballklubs „Freia", für 20 Jugendliche zu dem am 4. Oktober in Leipzig stattfindenden Jugendtag (Wiemchen) Mittel zur Verfügung zu stellen, wird abgelehnt. Zur Anschaffung von Uniformen usw. werden der Feuerwehr 500 Mark zur Verfügung gestellt. Unter „Mitteilungen" verliest der Gemeindevorsteher den Vertrag zwischen Rittergut und Gemeinde betreffs der Feuerlöschgeräte. Er läuft bis 1930. **Für die Unwetterschäden bei Gerbstedt wurden 250 Mark gesammelt.** Auf die Anfrage des Genossen Hartleb, ob das Rittergut berechtigt ist, den Flutgraben zu verlegen, bejaht dieses der Gemeindevorsteher. Auch der Weg über die Lache kann vom Rittergut auf Grund des § 1023 nach Belieben verlegt werden. In trefflicher Weise kritisiert hier der Kollege Herrmann das Benehmen des Rittergutsbesitzers als Kirchenpatron, welcher den Einwohner am liebsten noch die Luft wegschnappen möchte. Auch Staude bekam seinen Spiegel vorgehalten. Des weiteren beschwerte sich der Genosse Hartleb, daß das Rittergut auf dem Feldweg nach Rietleben Feldbahnschienen gelegt hat, wodurch Passanten zu Schaden kommen können. Auf Antrag des Genossen Stäuber soll in den Bekanntmachungskästen ausgehängt werden, daß die in letzter Sitzung bewilligten 100 Prozent Hauszinssteuer nicht eingezogen werden. Hierauf folgte geschlossene Sitzung. — Kollegen! Warum kommt Ihr nicht in diese öffentlichen Sitzungen und informiert Euch über Gemeindeangelegenheiten?

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Mittwoch abend 8 Uhr Uebungsstunde der Musikspieler in der Produktiv-Genossenschaft. Donnerstag abend ½8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Vorstandssitzung. Freitag abend 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft wichtige Mitgliederversammlung. Alle restierenden Karten sind sofort abzurechnen.

Große Funktionärsitzung!

Morgen, Donnerstag, 17. September, abends 8 Uhr, im „Volkspark"

Thema: „Der Brief der Exekutive"

Alle Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionäre müssen zu dieser Sitzung erscheinen. Funktionärkarte und Parteibuch ist vorzuzeigen.

BL. Halle-Merseburg. Ortsgruppe Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250916-10/fragment/page=0006

Arbeiter-Sport

Der Sozialdemokrat Bürger als gemeiner Verleumder entlarvt

Eine Erklärung der russischen Arbeitersportler

Wir berichteten in unserer Sportbeilage vom vorigen Mittwoch über den Verlauf der **letzten Sitzung des hallischen Arbeiter-Sportkartells**, in der bekanntlich gegen die Stimmen des SPD.-Mannes Bürger und des „Volksblatt"-Sportredakteurs Habicht eine **Sympathiekundgebung für die russischen Arbeitersportler**, die auf einstimmigen Beschluß des 2. Kreises im 6. Bezirk gegen eine kombinierte hallische Mannschaft ein Wettspiel austragen werden, Annahme fand. Wir nagelten in unserem Bericht die Tatsache fest, **daß der SPD.-Mann Bürger u. a. dadurch seine Spaltungsabsichten im hallischen Arbeitersportlerlager offen kundtat, daß er behauptete, die russischen Arbeitersportler seien von der Sowjetregierung bezahlt worden.** Auf diese gemeine Verleumdung sandten uns die gegenwärtig in Deutschland weilenden sowjetrussischen Arbeitersportler folgenden Brief, der auch dem **hallischen Arbeiter-Sportkartell** übersandt worden ist:

Berlin, 14. September 1925.

An das Arbeitersportkartell Halle
und die Redaktion des „Klassenkampf",
Halle a. d. S.

Werte Genossen!

Im Arbeitersportteil des „**Klassenkampf**" vom 9. September **lesen wir den Bericht des Arbeitersportkartells. Darin wird vom „rollenden russischen Rubel" gesprochen, der uns nach Deutschland gebracht hat.**

Dazu erklärt die ganze russische Mannschaft:

1. Die **Fahrt von Moskau bis Deutschland mußten wir in Rubel bezahlen, der ohne Unterstützung von ausländischem Kapital so stabil ist, wie die deutsche Mark.**

2. Das **Fahrgeld und die Verpflegung auf russischem Boden wurde von uns bestritten und zwar von den Einnahmen unserer Spiele in Sowjet-Rußland. Es ist bei uns wie bei Euch in Deutschland: die Einnahmen bestehen aus Beiträgen und Spieleinnahmen und aus Zuschüssen von den Gewerkschaften und Sowjetinstitutionen für physische Kultur.**

3. Die **Fahrt von Eydtkuhnen bis Dresden und zurück, die gesamte Verpflegung der ganzen Mannschaft auf deutschem Boden und für Arbeitslohnausfall pro Mann und Tag 6 Mark erhielten wir von den deutschen Fußballvereinen bezahlt. Ohne die Erfüllung der Bedingungen, die der Dresdener Sportverein 1910, der deutsche Bundesmeister, vor unserer Abreise zusicherte, hätte unser Besuch in Deutschland nicht Wirklichkeit werden können.**

4. **Da wir Arbeiter sind und in Sowjet-Rußland nur der seinen Lohn erhält, der arbeitet, haben wir keinen Lohn, solange wir von unserer Arbeitsstätte weg sind. Allerdings ist unser Arbeitsverdienst höher als der Lohn der deutschen Arbeiter. Wir verdienen durchschnittlich 10 Mark täglich. Da aber der deutsche Durchschnittslohn nur 6 Mark betragen soll, geben wir uns mit der Entschädigung von 6 Mark zufrieden, obgleich die Nahrungsmittel bei uns in der Ukraine viel billiger sind als in Deutschland.**

Wir bitten Euch, unsere Feststellungen der Mitgliedschaft zur Kenntnis zu geben.

Mit proletarischem Sportgruß
Hans Scholtak, Abraham Belli, Konstantin Fomin, Nikolai Krotow, Hans Statorow, Konstantin Uß, Jakow Alivirow, Adam Bemm, Michael Stenha, Simon Priwis, Wladimir Fomin, Roman Starrow, Hans Priwalow, Nikolai Kapustin, Alexander Spakowsky, Paul Braschnikow, Georg Hubarew, Leo Joselewitsch.
gez. Belli.

Arbeitersportler, hinaus mit dem „Volksblatt" aus Euren Wohnungen!

Es gibt bekanntlich ein Gebiet, auf dem die Sozialdemokraten wahrhaft groß sind: Die Verleumdung. Das Können auf diesem Gebiete soll den Herren von der SPD. unbestritten bleiben. Eine derjenigen SPD.-Zeitungen, deren Unverschämtheit noch über die durchschnittliche Verleumderfähigkeit der SPD.-Presse hinausgeht, ist, wie jeder Arbeitersportler weiß, das hallische „Volksblatt".

In seiner Nummer vom 14. September 1925 bringt es unter der knalligen Ueberschrift „Größenwahn" einen Artikel, mit dem es dem „Klassenkampf" eins „auszuwischen" glaubt. Wie stets, so schneidet sich das „Volksblatt" auch diesmal ins eigene Fleisch, wenn es wörtlich folgendes schreibt: „...Nachdem das „Volksblatt" dann dazu überging, den Sportteil auszubauen und Montags bereits eine ganze Seite Sport zu bringen, bekam es der „Klassenkampf" mit der Angst zu tun und er ging nun, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe", dazu über, es dem „Volksblatt" hübsch nachzumachen und auch seinerseits Montags Sportberichte zu bringen...."

Wie liegen die Dinge nun in Wirklichkeit? Das „Volksblatt" betont durch Sperrdruck das Wort „Montag". Es meint damit die Aktuellität der Sportberichterstattung. Dazu stellen wir fest: Im Frühjahr dieses Jahres brachte das „Volksblatt" seine Sportbeilage nicht am Montag, sondern am Donnerstag. Während der „Klassenkampf" seine erste Montag-Sportbeilage am Montag, dem 2. März 1925, veröffentlichte, **dachte das „Volksblatt" zu dieser Zeit noch gar nicht daran, am Montag eine Sportbeilage zu bringen.** Wir stellen als Tatsache fest, daß z. B. in der „Volksblatt"-Nummer vom Montag, dem 2. März 1925, **nicht eine einzige Zeile über den Arbeitersport enthalten war.** Aehnlich oder ebenso war es in den nächsten Wochen. Regelmäßig erschien Montags eine Sportbeilage im „Klassenkampf", während das „Volksblatt" diese Beilage erst am Donnerstag brachte. Dann kam eine Zeit, in der — und das wurde auch in jener **Sportberichterstattersitzung,** von der das „Volksblatt" in seiner „Polemik" ausgeht, vom Sportgenossen Pabst gesagt — es sich als unmöglich herausstellte, daß jedes Spiel mit einem Berichterstatter von der Zeitung aus besetzt werden konnte. Die Berichte liefen daher erst später in der Redaktion ein. So kam es, daß der „Klassenkampf" seine Sportbeilage auf den **Mittwoch — also immer noch einen Tag früher als das „Volksblatt"!** — verlegte. Trotzdem wurde vom „Klassenkampf" über die Spiele, die er mit seinem Berichterstatterstab, den er sich heranzog, besetzen konnte, am Montag berichtet, bis der „Klassenkampf" seit einigen Wochen dazu übergehen konnte, **Montags und Mittwochs** eine Sportbeilage zu bringen. Das sind, **kurz zusammengefaßt, die Tatsachen.**

Danach steht jedenfalls fest, daß der „Klassenkampf" alles im Bereiche der Möglichkeit liegende im Interesse der Arbeitersportbewegung getan hat. Wir wissen mit Bestimmtheit, daß die Arbeitersportler dem „Volksblatt" für diese geradezu **widerlichen Anbiederungsversuche** die treffende Antwort geben werden. Die Arbeitersportler wissen, **wer** seine Arbeitersport-Feindlichkeit nicht nur einmal bewiesen hat.

Was war denn in Wirklichkeit der Anlaß zu dem Artikel im „Volksblatt"? Die Leute vom Harz merken, daß es im hallischen Arbeitersport mit ihnen zu Ende geht, daß sie auf ihre niederträchtigen Spaltungsmethoden in der Arbeitersportbewegung wie in der Arbeiterbewegung überhaupt die treffende Antwort erhalten. **Wir erinnern nur an die seinerzeit von uns im Wortlaut gebrachte Resolution des Arbeiter-Sportkartells Halle,** in der es heißt: „Sie (die Sitzung des Arbeiter-Sportkartells Halle. — Red. „Kl.") **erblickt in der Austragung eines Wettspieles mit den russischen Fußballern einen Schritt zur nationalen und internationalen Einheit der Arbeitersportbewegung auf dem Boden des Klassenkampfes."** Wir stellen zu wiederholten Malen fest, daß **der „Volksblatt"-Sportredakteur gegen diese Resolution stimmte, ebenso wie der SPD.-Mann Bürger.** Mit dieser Abstimmung hat das „Volksblatt" wiederum bewiesen, daß es **die Spaltung, nicht aber die Einheit der Arbeitersportbewegung auf dem Boden des Klassenkampfes will.** Damit hat es bewiesen, daß es **ein Feind des Arbeitersportes ist.**

Arbeitersportler, zieht daraus die Konsequenzen. Heraus mit dem „Volksblatt" aus Euren Wohnungen. Lest den „Klassenkampf", der, nachdem erst die Berichterstatterzentrale, d. h. die grundlegendste Vorbedingung zum weiteren Ausbau des Arbeitersportes, geschaffen ist, noch mehr als bisher sich in den Dienst der Arbeitersportbewegung, dieser machtvollen Bewegung im Klassenkampf des Proletariats überhaupt, stellen wird.

Sportnachrichten

Amtliche Tabelle: 1. Runde der Serienspiele

Vereine	Spiele	gewonnen	unentsch.	verloren	Tore	Punkte
2. Klasse. Gruppe 3.						
Diemitz I.	6	5	—	1	24:4	10:2
Fortuna II.	6	5	—	1	15:3	10:2
Trotha II.	6	3	1	2	21:9	7:5
Teutonia II.	6	3	—	3	5:11	6:6
Radewell II.	6	2	1	3	9:10	5:7
A.S.C. II.	6	1	—	5	7:24	2:8
Reinsdorf I.	6	—	—	6	7:27	0:10

Hiermit vervollständigen wir die Tabelle.

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk

Bekanntmachung des Bezirksvorstandes. Amtlich

Alle Vereine haben bis zum 27. September ihre genaue Zuschriften-Adresse und laufenden Vereinsversammlungen an den Bezirksspielleiter Sportgenossen H. Hartleb, Dölau, Heideweg, einzusenden.

Der letzte Termin der Steuerveranlagung ist der 19. September. Die Gelder müssen daher bis zum 19. September an den Kassierer Sportgenossen Eurich abgeliefert sein, andernfalls ab 20. September Spielverbot einsetzt.

Zum **Montag, dem 28. September,** sind folgende Sportgenossen geladen. Die Spielführer von **Wörmlitz 1.** und **Bruckdorf 1.,** dazu der Schiedsrichter Hübler (ASC.) und die Spieler Eggert und Pretsch, beide Bruckdorf.

Die Serienspiele der 8. Runde Gröbers — Giebichenstein **fallen aus. Es sind die Spiele 159, 204 und 268 der Terminliste.**

In der neuen Terminliste ist ein Druckfehler vorhanden. Spiel 203 muß heißen Kröllwitz 2. — Teicha 2.

Da die Pässe der Spieler Paul Emmerich (Teutonia) und Kurt Jahn (Zörbig) dem **Bezirk zwecks Nachprüfung** trotz Aufforderung nicht vorgelegt worden sind, sind beide Spieler am 20. September nicht spielberechtigt.

Der Spieler Dietz (RV. Bruckdorf) wird ab 16. September wegen **Beleidigung** eines **Vorstandsmitgliedes auf einer öffentlichen Karte vier Wochen disqualifiziert.** Der Spieler Enders (Teutonia) wird wegen **Beleidigung des Gesamtvorstandes** ab 16. September sechs Monate **disqualifiziert.** Der Spieler Krüger (Teutonia) wird wegen falscher **Bezichtigung des Bezirksvorstandes** ab 16. September mit vier Wochen disqualifiziert.

Die Pässe der disqualifizierten Spieler und Schiedsrichterkarten, soweit dieselben Schiedsrichter sind, müssen am Montag, dem 21. September, auf dem Bezirk abgeliefert sein.

Wegen Nichterscheinen in der Protestverhandlung am 31. August sind Sportgenosse W. Schulze (ASC.) und Kirtz (Teutonia) mit 2 Mark bestraft.

Wegen Nichterscheinen zur geladenen Sitzung am 14. September **wird der Spieler** Dietz (RV. Bruckdorf) mit 2 Mark bestraft.

Folgende Vereine werden wegen Nichtantretens des Schiedsrichters in folgenden Spielen bestraft:

VfB. Trotha mit 6 Mark in den Spielen am 30. August **Bruckdorf 1. gegen** Diemitz 1. und am 13. September Teicha 1. — Diemitz 1.

Giebichenstein mit 6 Mark in den Spielen am 16. **August Viktoria 2. — Kröllwitz 2.** und am 23. August Diemitz 3. — Sportlust 3.

Viktoria mit 9 Mark in den Spielen am 16. August Giebichenstein 3. — ASC. 3., am 23. August Trotha 2. — Dölau 2. und am 30. August **Diemitz 2. — Bruckdorf 2.**

ASC. mit 6 Mark in den Spielen am 6. September Minerva 1. — **Askania 1.** und am 13. September Viktoria 2. — Fichte 2.

Minerva mit 3 Mark in dem Spiel am 13. September **Trotha 2. — Dölau 2.**

Sportlust mit 3 Mark in dem Spiel am 30. **August Bruckdorf Jugend — Diemitz** Jugend.

Diese Strafgelder sind bis spätestens 28. September an den Kassierer abzuliefern, andernfalls erfolgt Disqualifikation. Einsprüche sind nur innerhalb acht Tagen schriftlich zulässig.

Terminlisten der 2. Runde sind noch zum Preise von 25 Pfennig beim Kassierer Eurich zu haben.

Telephondienst im „**Volkspark" Nr. 1107 von ½8 bis 9 Uhr. Alle Vereine haben** die Pflicht, die Resultate unbedingt einzusenden.

Serienspiele am 20. September.

1. Klasse, Gruppe 1. ¼4 Uhr Giebichenstein 1. — Fichte 1. (Heinicke, Sportlust); ¼4 Uhr Lettin 1. — **Teicha 1.; ¼4 Uhr Kröllwitz 1.** — Gröbers 1. (O. Harre, ASC.).
Das Spiel Lettin — Teicha (Koch, Sportlust) findet auf dem Sandanger statt.
Das Spiel Kröllwitz — Gröbers findet in Wörmlitz statt.

1. Klasse, Gruppe 2. ¼4 Uhr Askania 1. — Bruckdorf 1. (Krause, Ammendorf); ¼4 Uhr Minerva 1. — Viktoria 1. (W. Schulze, ASC.); ¼4 Uhr Sportlust 1. gegen Zörbig 1. (Schuster, Kröllwitz); Sportbrüder spielfrei.

1. Klasse, Gruppe 3. ¼4 Uhr Fortuna 1. — Wörmlitz 1. (Müller, Sportlust); ¼4 Uhr Teutonia 1. — **ASC. 1. (Festerling, Fichte); ¼4 Uhr Trotha 1. — Radewell 1. (Bielig, Gröbers).**
Das Spiel Fortuna — **Wörmlitz** findet in Passendorf statt.

2. Klasse, Gruppe 1. 2 Uhr Giebichenstein 2. — Fichte 2. (Bruckdorf); 2 Uhr Lettin 2. — Teicha 2. (Teutonia); 2 Uhr Kröllwitz 2. — Gröbers 2. (Askania).
Das Spiel Lettin — Teicha (Sandanger) und Kröllwitz — Gröbers in Wörmlitz.

2. Klasse, Gruppe 2. 2 Uhr Askania 2. — Bruckdorf 2. (Giebichenstein); 2 Uhr Minerva 2. — Viktoria 2. (Reinsdorf); 2 Uhr Sportlust 2. — Zörbig 2. (Fortuna); Brachstedt spielfrei.

2. Klasse, Gruppe 3. 2 Uhr Fortuna 2. — Trotha 2. (Zörbig); 2 Uhr Teutonia 2. gegen **ASC. 2. (Bruckdorf); 3 Uhr Diemitz 1. — Radewell 2. (Minerva); Reinsdorf spielfrei.**
Fortuna 2. — Trotha 2. spielen in Passendorf.

3. Klasse, Gruppe 1. ½1 Uhr Ammendorf 3. — Sportlust 3. (Giebichenstein); 12 Uhr Fortuna 3. — ASC. 3. (Löbejün); Kröllwitz spielfrei.

3. Klasse, Gruppe 2. 2 Uhr Viktoria 3. — Diemitz 2. (Teicha); 12 Uhr Minerva 3. gegen Gröbers 3. (Fichte); 12 Uhr Giebichenstein 3. — Löbejün 1. (Wörmlitz).

Jugendgruppe 1. 11 Uhr Minerva — Zörbig (Trotha); 11 Uhr ASC. — Wörmlitz (Kröllwitz); ½1 Uhr Sportlust — Viktoria (Brachstedt).

Jugendgruppe 2. ½12 Uhr Ammendorf — Teicha (Minerva); 11 Uhr Bruckdorf gegen Askania (Fortuna); 10 Uhr Fichte — Giebichenstein (Passendorf).
Freitag, den 18. September, abends 8 Uhr, im „Jagdschloß", Moritzzwinger,

Schiedsrichter-Vollsitzung.

Das Erscheinen sämtlicher Schiedsrichter ist Pflicht. Folgende Schiedsrichter haben Paßbilder mitzubringen: Friedrich Wilner und Gustav Henze (Löbejün).
Zum Montag, dem 21. September, abends 8 Uhr, Protestverhandlung, Minerva 1. und Askania 1. Die Protestkommissionsmitglieder, die Spielführer beider Vereine und der Schiedsrichter Hartleb (Dölau) haben zu erscheinen.
Fußballklub Löbejün hat den Dreß geändert und spielt jetzt in schwarzer Hose, weißem Schwitzer mit blauen Aufschlägen. J. A.: Franz Pabst.

Sonntag: Beginn der 2. Runde der Serien

Am kommenden Sonntag steigt in unserem Lager **der Serienstern auf**: Sieg und Niederlage. Alle Vereine werden sich von der ersten **Runde erholt haben. Die** Tabelle stand in unserer Montag-Ausgabe, worin die Spitzenreiter der ersten Klasse mit **Fichte, Sportlust** und **Teutonia** ersichtlich sind. **Wird es diesen Mannschaften** glücken, die Spitze zu behalten? Wir erwarten, daß die **Vereine** die Mahnung des Bezirksvorstandes sich zu eigen machen und eine gute Spielweise an **den Tag legen.** Die Schiedsrichter werden ihr schweres Amt unparteiisch **ausführen und jedem** Regelverstoß gerecht werden. Die Spielleiter müssen **Sorge tragen, daß die Resultate dem Berichterstatter-Ausschuß** in das bekanntgegebene Lokal eingesandt werden. **Auf, in den Kampf!**

*

Auf der **Peißnitz** findet um ¼4 Uhr das Spiel **Giebichenstein — Fichte** statt. Im vorigen Spiel teilten sich beide Mannschaften mit 0 : 0 die **Punkte. Ein scharfes** faires Spiel ist zu erwarten. Fichte muß das Spiel mit Ersatz antreten, **während** Giebichenstein voll sein wird. Wiederholt Fichte die Spielweise **vom vorigen** Sonntag, so wird nicht viel zu holen sein. In **Wörmlitz** begegnen sich **Kröllwitz** gegen **Gröbers.** Zwei spielstarke Mannschaften. In Gröbers verlief **damals das** Spiel remis. Es wird sich herausstellen, ob die Verstärkung von Kröllwitz sich vorteilhaft anpaßt. Wir erwarten, daß fair gespielt und dem Schiedsrichter sein Amt leicht gemacht wird. Einen Sieg im voraus zu sagen, fällt aus den oben angeführten Gründen schwer. Auf dem Viktoriaplatz auf dem Sandanger treffen sich Lettin — **Teicha.** Beide Mannschaften haben wenig gezeigt, obwohl **Teicha sich** gut in der 1. Klasse gezeigt hat. Ob Teicha seinen 2 : 0-Sieg **wiederholen wird?** Wir erwarten ein Unentschieden.

Die **2. Gruppe** führt auf dem **Minervaplatze** die zwei alten Rivalen **Minerva** gegen **Viktoria** zusammen. Minerva hat sich tüchtig herausgemacht. Wir erwarten sie als Sieger, obgleich in Viktoria ein Können steckt. In **Nietleben** stattet **Bruckdorf — Askania** einen Besuch ab. Ein Unentschieden wird in diesem Spiel kaum herauskommen; denn Askania läßt sich auf eigenem Platze schwer schlagen. **Zörbig kommt** nach Halle zu **Sportlust.** Letztere werden **sich** die zwei nötigen **Punkte nicht** nehmen lassen.

In der **3. Gruppe** stoßen die führenden mit den unteren Mannschaften **der Tabelle** zusammen. **Fortuna** spielt gegen **Wörmlitz.** Letzteren gelang es, Fortuna die einzige Niederlage in der vorigen Runde beizubringen. Da beide **Mannschaften** gut in Form sind, ist ein Unentschieden am Platze. **Teutonia** wird über **ASC.** einen Sieg behaupten können. Auf seinem neuen Platze in **Trotha wird's einen heißen Kampf** geben mit **Radewell.** Letzteren gelang auf eigenem Platze ein 2 : 1-**Sieg.** Hier einen Sieger vorauszusagen, fällt uns schwer.

In den unteren Klassen ist Hochbetrieb. Die einzelnen Spiele **sind aus der** amtlichen Bekanntmachung ersichtlich.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe (Handball)

Verbindliche Mitteilungen

Sonntag, den 20. September, fährt die Gruppenmannschaft nach Jena, **um das** Rückspiel gegen den vorjährigen **Bundesmeister Freie Turnerschaft Jena auszutragen.** Die aufgestellten Spieler treffen sich pünktlich ½8 Uhr am Hauptbahnhof. **Dreß** ist rote Hose, weißes Hemd. Etwaige Interessenten, **welche mitfahren wollen,** lösen Sonntagsrückfahrkarte nach Jena, Saale-Bahnhof. — **Donnerstag, 24. September,** 7 Uhr abends, findet im Restaurant „**Zur Blume", Torstraße, eine außerordentliche** Spielausschußsitzung statt, **wo** sämtliche **Vereinsvertreter zu erscheinen** haben. Mitzubringen sind die Pässe und **Mitgliedsbücher** sämtlicher zu **Serienspielen** gemeldeter Spieler und **Spielerinnen zwecks Nachprüfung der Bundesschulmarken.** — Die Spielformulare der Serienspiele **sind ordnungsgemäß ausgefüllt bis spätestens** Dienstag nach dem Spiel an A. Mosebach, **Gr. Brunnenstraße 43, zu senden.**
Nicht ordnungsgemäß ausgefüllte Formulare müssen vom Schiedsrichter zurückgewiesen werden. — Die 2. Mannschaft des „**Freien Wassersportvereins" ist mit** 5 Mark bestraft wegen Nichtantretens zum Serienspiel am **6. August. Letzter** Zahlungstermin 28. September. — **Folgende Vereine haben angeführte Pässe zur** Nachprüfung am **Donnerstag, dem 24. September, vorzulegen. Dölau Nr. 155,** 153 und 171, ferner die Pässe von den Sportgenossen A. Saliger **und K. Pfisterer,** Minerva-Paß Nr. 229 und 219. **A. Mosebach.**

Gesellschaftsspiele für Sonntag, 20. September: 1 Uhr Askania 1. — **Achilles 1.** in Nietleben (Kraußer, Fichte); 2½ Uhr **Löbnitz 1. Turner — Nietleben 1. Turner** in Teicha (Franke, Ammendorf); 10 Uhr **Wörmlitz** 1. — **Othello 1. in Wörmlitz** (Prüfungsspiel); 3 Uhr **Merseburg** 1. — **Fichte 3.** in **Merseburg (Schönherr, Ammendorf)**; 2 Uhr Fichte Schüler — **Achilles Schüler, Fichte-Platz (Baasch, Schw.)**; 12 Uhr Dölau Sch. — Nietleben Sch. in Nietleben (Diener, **Achilles**); 9 **Uhr** Minerva Sch. — **Atlas Sch., Minerva-Platz** (Wegner, Ammendorf); 11 **Uhr Ammendorf** Sch. — Adler Sch. in Ammendorf (Willi Mosebach, Fichte).

Zum Spiel Wörmlitz 1. — **Othello 1.** ersuche ich die Sportgenossen **Kaufmann (Othello) und Werge (Naturfreunde)** pünktlich um 10 Uhr in **Wörmlitz zu erscheinen.** Nichtbefolgen wird bestraft.

Serienspiel für Sonntag, den 20. September

1. Klasse. 11 Uhr Sportlust 1. — Schwimmer 1., Sportlust-Platz (Schanze, **Fichte**).
2. Klasse. 11 Uhr Minerva 1. — **Atlas 1., Minerva-Platz (Jänicke, Schw.); 11 Uhr** Achilles 2. — Adl[illegible]Fichte-Platz (Hennicke, Fichte); 10 Uhr **Ammendorf 2. gegen** Fichte 2., **Ammendorf** (Reinhardt, **Achilles**); **Othello** spielfrei.

Sportlerinnen. 9 Uhr Fichte — Kröllwitz, **Fichte-Platz (Wernicke, Dölau);** 10 Uhr **Minerva** — Giebichenstein, **Minerva-Platz** (Förster, **Kröllwitz**); 10 **Uhr** Achilles — Schwimmer, Peißnitz (Haußner, Fichte); 2 Uhr **ASC.** — **Sportlust,** Peißnitz (Bennewitz, Ammendorf).

Jugend. 9 Uhr Dölau — Passendorf, Sportlust-Platz (Oertel, **Schwimmer**); 9 Uhr Ammendorf — Othello, Ammendorf (Albig, **Fichte**).

Minerva (Handball). Freitag, **den 18. September, abends 8 Uhr, Spielausschußsitzung.** Schüler treffen sich 7 Uhr bei Weinrich. **Sonnabend, den 19. September,** Zusammenkunft aller Mitglieder nebst Angehörigen im **„Gesellschaftshaus" zu** Diemitz.
Sonntag, den 20. September, spielt die 1. **Mannschaft gegen Atlas 1. Sportlerinnen** gegen Giebichenstein Sportlerinnen. **Beide Spiele finden auf unserem** Platze statt.

Weitere Resultate vom Sonntag

Trotha 2. brachte Fortuna 2. im **Wiederholungsspiel die erste Niederlage mit 2 : 0** bei. Dadurch ändert sich die Tabelle.
ASC. 1. unterlag Zörbig 1. mit 3 : 1. ASC. 3. — **Brachstedt 2. 2 : 2. ASC. 2.** gegen Brachstedt 1. 4 : 1. Lettin 1. — Trotha 1. 3 : 1.

Deutscher Arbeiter-Kegler-Bund, Bezirk Halle. Die Delegierten **zur Gaukonferenz** treffen sich Sonnabend, den 19. September, nachmittags ¾5 Uhr, auf dem Hauptbahnhof. Abfahrt 5.26 Uhr nach Gera. Gleichzeitig werden **die** Ortsgruppen darauf hingewiesen, **ihre Beiträge so bald wie möglich mit dem Bezirkskassierer** Wilhelm Hahn, Halle, **Cecilienstraße 96, laut Beschluß der Bezirkskonferenz bis** zum 15. September abzurechnen. **Die Bezirksleitung.**

Deutscher Arbeiter-Kegler-Bund, Ortsgruppe Halle. Umstände halber fällt das Spiel der zweiten Mannschaft in Ammendorf aus.

Box-Klub International. Am Sonntag, dem 13. September, **weilten die Boxer** von International und Germania-Felsenfest in **Merseburg, um gegen den** Boxklub Adler, Wahren, einen Propagandakampf auszutragen. **Als erster trat in** den Ring Gutsche (Bundesmeister im Fliegengewicht) gegen Lischy, Adler, **Wahren.** Gutsche konnte seinen Gegner leicht in der ersten Runde zur Aufgabe **zwingen.** Dann folgte Sander, International, gegen Hübner, Adler, **Wahren. Sander,** bekannt als guter technischer Kämpfer, konnte Hübner in **hartem Kampfe ebenfalls** zur Aufgabe zwingen. Dann lieferten Predeck, Felsenfest, und Richter, **Adler,** Wahren, einen schönen Kampf, in **welchem Predeck eine knappe Punktniederlage** hinnehmen mußte. Zum Schluß der **Propagandakämpfe zeigte Gutsche und Hinze,** International, einen technischen Kampf, der vom **Publikum mit Beifall belohnt** wurde. Mithin siegte International überlegen gegen Adler, Wahren. Um den Boxsport im Arbeitersport zu fördern, sind Boxinteressenten **jeden Dienstag und** Freitag in unseren Uebungsstunden (Richard-Wegner-Straße, Restaurant „Zur Sonne") **willkommen.**

Fichte, Halle. Donnerstag, 17. September, 8 Uhr, in der „Sonne", **Handballausschußsitzung.**

ASC. Resultate vom Sonntag, den 13. September: 1. — Zörbig 1. 1 : 3; 2. — **Brachstedt 1. 1 : 4; 3. — Brachstedt 3. 2 : 2.** — Spiele zum **Sonntag, dem** 20. September: 1. — Teutonia 1. ¼4 Uhr; 2. — **Teutonia 2. 2 Uhr; 3. gegen Fortuna 3. 12 Uhr; Jugend — Wörmlitz Jugend 11 Uhr; Damen-Handballmannschaft** gegen **Sportlust Damen ½2 Uhr.** Sämtliche Spiele **finden auf der Peißnitz statt.** Treffpunkt für sämtliche Mannschaften eine Stunde vor Spielanfang im **Vereins**lokal. — Sonnabend, den 19. September, findet unsere fällige **Mitgliederversammlung** statt, wozu jeder Sportgenosse in Anbetracht der Serienspiele unbedingt zu erscheinen hat. Andernfalls hat jeder seine Konsequenzen selbst zu tragen.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Ortsgruppe Halle. Sonntag, 20. September, Tagestour nach Freiburg. Abfahrt früh 7 Uhr vom Riebeckplatz.

Dölau. Am Freitag, dem 18. September, abends 8 Uhr, findet im **Restaurant „Dölauer Heide"** (Dierschke) eine **Versammlung des Arbeiter-Sportkartells statt. Hierzu haben alle Turn- und Sportgenossen zu erscheinen. Tagesordnung: 1. Vortrag** des Sportgenossen **Hermann Hartleb: Arbeitersport oder bürgerlicher Sport. 2. Verschiedenes.**

Ballspielklub Giebichenstein. Am Sonntag, **dem 20. September, finden auf der** Peißnitz folgende Spiele statt: **Giebichenstein 1. — Fichte 1. ¼4 Uhr; Giebichenstein 2. — Fichte 2. 2 Uhr; Giebichenstein 3. — Fichte 3. ½1 Uhr; 1. Jugend gegen Fichte 1. Jugend 10 Uhr Fichte-Platz.** 1. spielt in folgender Aufstellung: Ballschuh, Rust, Kuhrt, Heischkel, Dönitz, Schaaf, Kunze, Richter, Stenzel, Geißler, Dannehl; Ersatz Fehse. 2. Mannschaft: Schlöffel, Loth, Pinkert, Hottenrott, Bergt, Herbert Worm, Friedrich Gneist, Haase, Brose, Fehse, Werner Richter. 3. Mannschaft: Hirschfeld, Rappsilber, Stollberg, Funke 1, Funke 2, Bieler, Schulze, Schondorf, Worm, Reckmann, Hunger. 1. Jugend: Hirschfeld, Rust, Schondorf, Amrell, Kosch, Rehkopf, O. Barth, P. Barth, Friedrich, Scheibe, Hippert.

Sportgeräte — Sportbekleidung
273 liefert auf bequeme Ratenzahlungen
Paul Sommer, Halle a. d. S., Leipziger Str. 14, I. u. II. Et.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250916-10/fragment/page=0007

Die Wahrheit über Sowjet-Rußland

Der sozialdemokratische Rußlanddelegierte Bretag berichtet in Wittenberg

Am Sonnabend, dem 12. September, hatten das **Ortskartell der AfA. und der Ortsausschuß des ADGB. Wittenberg** zu einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Freudenbergs Saal aufgerufen, in der der Sozialdemokrat Erich Bretag den Bericht von seiner Reise nach Sowjet-Rußland gab. In Massen waren die Wittenberger Arbeiter **und Angestellten** dem Rufe gefolgt, so daß sich der Saal als viel zu **klein erwies** und viele wieder umkehren mußten. Nachdem der Arbeiter-Sängerchor die Veranstaltung mit „Lord Foleson" eröffnet hatte, erhielt Kollege Bretag das Wort. Es ist natürlich hier nicht möglich, **all das**, was der Vortragende in fast vier Stunden seinen bis zum Schluß unermüdlichen Zuhörern alles sagte, aufzuführen. Es sei darum nur das bemerkenswerteste hervorgehoben.

Was Kollege Bretag an einwandfreiem statistischen Material in trockenen Zahlen vortrug, was er über das Leben und Wesen des Sowjetstaates wiedergab, wurde so aufmerksam verfolgt, daß man den Anwesenden es förmlich von den Gesichtern ablas: **Sag uns die Wahrheit, ob es möglich ist, daß Arbeiter einen sozialistischen Staat aufbauen und führen können, sag uns die Wahrheit, ob in Rußland die Knute vertierter Cäsaren regiert oder ob eine freie Arbeiterschaft ihr Geschick mit fester Hand selbst führt.** Kollege Bretag ist kein leidenschaftlicher Redner. Aber auch ihm standen die Tränen in den Augen, als er von den brüderlichen Empfängen bei den russischen Arbeitern und Bauern sprach und von der ungeheuren Liebe und der Sehnsucht, mit der das russische Volk offensichtlich den deutschen Arbeitern entgegenkam, mit welcher Offenheit die Russen ihnen alles, auch Schlechtes, zeigten, und mit welchem Stolz sie immer wieder betonten:

Dieser russische Staat, so gut und so schlecht er heute ist, er gehört uns Arbeitern, wir bestimmen, und keinem kapitalistischen Staat der Welt wird es gelingen, uns diesen unsern Staat wieder zu entreißen.

Zu leidenschaftlichem Protest erhob sich die Stimme des Sozialdemokraten Bretag, als er von **den Lügen des „Vorwärts" und des hallischen „Volksblatt"** sprach. **So etwas hätte er als SPD.-Arbeiter nicht für möglich gehalten!** Mit Entrüstung wies er die Verleumdung zurück, die über seine eigenen Parteigenossen verbreitet werden. Mit Recht betonte er, daß die angeblichen „Briefe aus Leningrad und Moskau" in Wahrheit in Berlin von russischen Emigranten verfaßt werden, die Rußland seit Jahren überhaupt nicht gesehen haben. Er spricht von der Skrupellosigkeit, mit der der „Vorwärts" und seine Ableger diese „Dokumente" veröffentlichen. Immer und immer wieder wird von ihm betont, daß **die deutschen Arbeiter sich vollständig frei bewegen** konnten. Er und seine Parteigenossen seien hingegangen, wohin sie wollten. Sie hätten selbständig die Pläne für die Besichtigungen geändert, Dutzende von plötzlichen Besuchen in Fabriken, Sanatorien, Gefängnisse usw. gemacht. Niemand hat sie gehindert. Bereitwillig wurde alles gezeigt, auch Schlechtes, auch all das, was in Räte-Rußland heute noch verbesserungsbedürftig ist. Eins aber hätten die deutschen Delegierten immer wieder gefunden, **das stolze Bewußtsein der russischen Brüder: die Arbeiterschaft herrscht und bestimmt ihre Geschicke**, der Bourgeois, soweit er noch da ist, ist Bürger zweiter Klasse und hat nichts zu melden. Er ist ein aussterbender Typ. Kollege Bretag wies scharf die Behauptung der sozialdemokratischen Zeitungen zurück, daß die Delegierten falsche Angaben über die Löhne der russischen Arbeiter machten. **Der vom „Volksblatt" angegebene Durchschnittslohn von 45 Rubel** (1 Rubel gleich 2 RM.) **pro Monat stimme wohl**, aber da nur Akkord gearbeitet wird, ist **der Reallohn weit höher.** Als Bretag den russischen Arbeitern sagte, die deutschen klassenbewußten Arbeiter sagen: Akkord ist Mord, da sagten diese: **„Ja, Genosse, Ihr arbeitet für Kapitalisten, wir für unsern Staat! Diese Fabrik, diese Drehbank ist unser, darum Akkord!"** Es kommt auf die Erhöhung der Produktion heraus, die in unserm, der Arbeiter, Interesse liegt und nicht einem Kapitalisten zugute kommt.

Bretag berichtete dann über viele Betriebe, die besucht worden waren. Er schilderte eingehend die Höhe der Löhne, die Stellung der Frauen, der Lehrlinge, das Arbeiten der kommunistischen Zellen. Hier betonte er, daß die Arbeiter, die nicht Kommunisten sind, immer wieder versicherten, daß **die kommunistischen Zellen nicht den geringsten Zwang oder Terror auf parteilose Kollegen ausüben.** Sie agitieren und werben für den Kommunismus und die Gewerkschaften, organisieren die Bildungsarbeit usw. Kollege Bretag schilderte dann die Sanatorien und die Erholungsheime, die alle Fabriken der Sowjetunion für ihre kranken und erholungsbedürftigen Arbeiter besitzen. Ungeheuer ist die Sorgfalt, die man den Kindern und der Jugend angedeihen läßt. Ueberall findet man **sorgfältig geleitete Säuglingsheime, Schulen und Jugendheime.**

Nur die Verhältnisse der Arbeiter im **Naphthagebiet von Baku** hat die Delegation noch als rückständig empfunden, doch trage **die Sowjetregierung keine Schuld.** Hier habe der Bürgerkrieg wohl am schlimmsten gewütet, England machte verzweifelte Anstrengungen mit Hilfe von „Volksaufständen", immer wieder Georgien und damit die wichtigsten Petroleumquellen in die Hand zu bekommen. Bei ihrem Abzug steckten die Söldnerhorden alles in Brand, und es dauerte Monate, ehe die Naphthaquellen aufhörten zu brennen. Die Sowjetregierung hat ungeheuer viel geleistet im Aufbau, viel bleibt noch zu tun übrig. **Die georgische Bevölkerung steht fest hinter der Sowjetregierung**, den Eindruck haben die deutschen Sozialdemokraten dort gewonnen, das haben ihn selbst die Sozialrevolutionäre, die den „Aufstand" leiteten und die sie in Tiflis im Gefängnis besuchten, gesagt. Uebrigens befinden sich **unter den 26 in Tiflis Internierten**, die sehr gesund und munter sind und sich so frei bewegen können wie sich etwa Herr v. Jagow in Deutschland während seiner „Haft" bewegen konnte, **nur drei Arbeiter.** Der Rest sind Fürsten, ehemalige zaristische Offiziere und Pfaffen. So sehen die „armen, viehisch mißhandelten, unglücklichen, lebendig eingesargten proletarischen Gefangenen" des „unterdrückten" Georgiens aus!

Es würde zu weit führen, all das aufzuzählen, was Bretag noch berichtete. Der zweite Teil seiner Ausführungen galt der **Sozialversicherung,** den Krankenhäusern, den Kinderheimen, kurz den sozialen Einrichtungen der Sowjetunion. Hier betonte Kollege Bretag, daß den deutschen Delegierten das durchschnittlich gute, gesunde Aussehen aller Kinder aufgefallen sei. Als er nach Hause kam, da fragte er seine Frau, was denn seinem Jungen fehle, der sähe doch so krank aus, worauf sie erstaunt sagte: „Was denn? Der sieht doch immer so aus!"

Besonders ausführlich schilderte dann Bretag noch die **Gewerkschaften Rußlands, ihre Aufgaben und ihren Aufbau.** Er schloß seine von tiefster Ueberzeugung getragenen Ausführungen mit dem Gelöbnis, seine

ganze Kraft für die Herstellung der Einheit zwischen der russischen und deutschen Arbeiterklasse einzusetzen

und forderte alle deutschen Arbeiter auf, ebenfalls an diesem großen Werke mitzuhelfen.

In der **Diskussion** sprachen die Kollegen Hose, Krüger und Chemnitz. Erstere stellten viele Anfragen an Kollegen Bretag, die dieser sofort beantwortete. Chemnitz schlug vor, **in einer erneuten Versammlung besonders eingehend die Frage der Gewerkschaften und Betriebsräte** zu behandeln.

Mit einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Einheit der Arbeiterbewegung schloß der Kollege Scheufler um 1 Uhr nachts die imposante, eindrucksvolle Versammlung.

Kollege Lüttich berichtet vor den hallischen Metallarbeitern

In der hallischen Metallarbeiterversammlung am 11. September berichtete der Rußland-Delegierte Genosse Lüttich speziell über die Lage der russischen Arbeiter.

Die eigentliche Ursache und Zweck der Delegation war, festzustellen

1. **Haben in Rußland und Achtstundentag?**
2. **Sind die Arbeiter Rußlands freie Menschen oder werden sie unterdrückt?**
3. **Haben die Betriebsräte Einfluß auf den Produktionsprozeß?**
4. **Wie ist die Lebenshaltung der russischen Arbeiter und die der Führer?**

Die Delegation setzte sich zusammen aus **30 Kollegen der SPD., 16 Kollegen der KPD., 12 Kollegen waren parteilos.**

Am 14. Juli 1925 langte die Delegation in Leningrad an. Der Empfang, der uns zuteil wurde, ist in Worten nicht zu schildern. Arbeiterdelegationen aus den Betrieben, Jungpioniere, Abgesandte der Roten Armee empfingen uns, die Musikkapelle der Rotgardisten spielte die „Internationale". Die Arbeiterschaft Rußlands bewegt sich frei, sie hat vollständig mit dem System der Bourgeois aufgeräumt. In Deutschland sind seit den Novembertagen 1918 die Errungenschaften der Arbeiter verschwunden, in Rußland dagegen bessert sich die wirtschaftliche Lage fortlaufend.

Es besteht der Achtstundentag für die erwachsenen Arbeiter, in gesundheitsschädlichen Betrieben der 6- bis 7-Stunden-Tag. Lehrlinge von 14 bis 16 Jahren arbeiten vier Stunden praktisch und zwei Stunden theoretisch, Lehrlinge von 16 bis 18 Jahren sechs Stunden praktisch und zwei Stunden theoretisch.

Der durchschnittliche Verdienst eines qualifizierten Facharbeiters beträgt drei- bis viermal mehr als der eines Ungelernten. Das ist ein Mißstand, welcher noch ausgemerzt werden muß. Er entstand dadurch, daß in der ersten Zeit 1918/19 die Arbeiter glaubten, kein Handwerk erlernen zu brauchen, weil sie auch so genug verdient hätten. Um nun alle Arbeiter anzuspornen, irgendein Handwerk zu erlernen, hat sich das System des Unterschieds des Lohnes des Facharbeiters gegenüber des Ungelernten eingebürgert, der aber allmählich wieder verschwinden soll.

An **Urlaub** erhält der Arbeiter, der gesundheitsschädliche Arbeit verrichtet, **vier Wochen,** ebenfalls vier Wochen erhalten die Lehrlinge. Die anderen erhalten zwei Wochen im Jahr. In dieser Zeit ist es den Arbeitern möglich, sich in großen Erholungsheimen, früheren Schlössern mit **ihren Familien** aufzuhalten.

Genau so wie bei uns gibt es **Mantelverträge und Lohntafeln.** Streiks und Differenzen werden innerhalb des Betriebes ausgetragen. In den Betrieben Rußlands herrscht das Akkordsystem, aber nicht mit der Antreiberei verbunden, wie in Deutschland. Wir konnten uns überzeugen, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen damit zufrieden waren.

Die Akkordpreise werden aller Vierteljahre erneut festgelegt. Ein Abzug irgendwelcher Art findet nicht statt. Bemerkenswert ist, daß **Angestellte und Beamte, wenn sie Mitglied der Kommunistischen Partei sind, im höchsten Falle 192 Rubel im Monat erhalten, während noch eine Reihe von Intellektuellen, wie Ingenieure, Aerzte usw., die politisch indifferent sind, mit Löhnen und Gehältern bis zu 300 Rubel entlohnt werden.**

Wir haben Fabriken aller Branchen besichtigt, so eine Seidenweberei von großer Belegschaftsstärke. Den Vorsitz im Betriebsrat führte eine Frau. In einer Zigarettenfabrik war die Belegschaft zu 100 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Die Produktionsleistung in fast allen Betrieben ist überaus groß. Die Fabriken besitzen meist ihre eigenen Aerzte und Apotheken. Eine Gummifabrik, bestehend seit 1865, zeigte noch die Spuren des Bürgerkrieges, die Aufräumungsarbeiten waren noch nicht vollendet. Ein Elektrizitätswerk lieferte durch eine Turbine 300 000 Kilowatt, ein neues Elektrizitätswerk soll erstehen, das 800 000 Kilowatt liefern soll. Eine erst drei Jahre bestehende Brauerei in Leningrad lieferte täglich 300 000 Hektoliter. Weiter haben wir die Staatsdruckerei besichtigt, wo viele Frauen tätig waren. In der Nähe der Druckerei befindet sich ein großes Kinderheim, wo die Mütter und Frauen ihre Kinder während der Arbeitszeit unterbringen. Nach zweistündiger Arbeit können die Frauen nach diesem Heim gehen und ihre Kinder stillen und dann zur Arbeit zurückkehren.

Besonderen Wert legten wir auf die Besichtigung des Putilow-Werkes in Leningrad. In der Vorkriegszeit **war die Belegschaft** 40 000 Mann stark. Jetzt betrug sie 9000 Mann. Dieser Betrieb ist zu vergleichen mit dem Krupp-Werk. Wir haben mit den Ingenieuren, Betriebsleitern und Angestellten gesprochen, die keine Kommunisten waren. Sie versicherten uns alle, daß das jetzige System das bringt, was die Arbeiterschaft braucht. In Rußland finden wir viel die deutsche Sprache. Wir haben uns in manchen Betrieben mit den Kollegen deutsch unterhalten können. Dies findet seine Erklärung durch die Kriegsgefangenschaft und das Vorhandensein deutscher Kolonien in Rußland, die heute noch bestehen, ihre eigenen Schulen, Kinder- und Erholungsheime haben.

Die **sozialen Einrichtungen** sind bemerkenswert. Wir sahen ein Krankenhaus mit 5000 Betten. Dieses ist nach der Revolution verstaatlicht, seitdem gibt es dort keine 1., 2. und 3. Klasse mehr. Die Verpflegung war gut, und die Kranken fühlten sich wohl. In jeden Betriebe finden wir Einrichtungen, wie Hilfskassen für Unterstützungen, Konsumvereine, Rote Hilfe, Klubs für Sport, Bildung usw. Jeder Arbeiter ist daran beteiligt.

Der russische Arbeiter kann **nicht ohne weiteres Kommunist** werden, sondern er muß **zwei Jahre Kandidat** im Dienste der Partei sein, ein **Intellektueller muß fünf Jahre Kandidat sein** und außerdem noch sechs Zeugen bringen, die für ihn gutsagen. **Befähigte Arbeiter, gleich welchen Standes, dürfen auf Kosten der Regierung studieren.**

Die Kulturkommission der Delegation prüfte **die Wohnungen der** Arbeiter. Sie sahen, daß vielte alte Häuser weggerissen und neue große Häuser gebaut wurden. Die Miete dafür ist dem Verdienst der Arbeiter angemessen, sie beträgt im Durchschnitt monatlich 3 Rubel. **Die altersschwachen und kränklichen Kollegen über 55 Jahre kommen in Sanatorien, brauchen nicht mehr zu arbeiten und erhalten monatlich 30 Rubel.**

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Leningrad und Moskau waren ziemlich gleich. Wer weniger wie 75 Rubel monatlich verdient, bezahlt keine Steuern. Die meisten Betriebe liegen in den Händen der Sowjetmacht.

Rußland ist ein überaus reiches Land an Bodenschätzen. Die russischen Arbeiter sind stolz darauf, daß diese Reichtümer jetzt der Gesamtheit und nicht wenigen Ausbeutern gehören. Sie sagten uns, daß sie **mit ihrem Herzblut das Land verteidigen** würden, wenn eine fremde Macht versuchen sollte, ihnen ihr Eigentum, das Eigentum des gesamten Proletariats Rußlands, zu rauben!

Die **Zitadelle in Tiflis** wurde von 4 Kollegen der SPD. und einem Kommunisten besucht. Die Gefangenen bewegen sich frei, sie können lesen, arbeiten und für das verdiente Geld kaufen, was sie wollen. Die Gefangenen waren sehr erfreut, daß auch sie von der Delegation aufgesucht wurden.

Die **russischen Gewerkschaften** haben jetzt 6½ **Millionen Mitglieder.** Die russischen Genossen sind gewillt, mit den Genossen der Amsterdamer Richtung sich zu vereinigen, eine **internationale Gewerkschaftseinheit** zu bilden.

Zum Schluß ermahnte Kollege Lüttich die Kollegen, nicht abtrünnig von der Gewerkschaft zu werden, sondern sie zu stärken und ihr beizutreten. Auch bei uns werden die Gewerkschaften zur Einheit und zur Abwehrung der imperialistischen Kriege kommen.

Wir alle müssen tatkräftig an dieser Umgestaltung der Gewerkschaften zu Klassenkampforganisationen mitarbeiten.

Unser Roman

kann heute aus technischen Gründen nicht erscheinen. Fortsetzung folgt morgen bestimmt.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Operetten-Theater
Tel. 6183 **am Riebeckplatz** Tel. 6183
2870 Täglich abends 8 Uhr
Der unbeschreibliche Erfolg!
Tausend süße Beinchen!
Große Ausstattungs-Operette in 3 Akten von Okonkowski und Steinberg
Musik: **Walter Bromme**
Massenchor schöner Frauen!
16 deutsche Girls
Original-Ausstattung an Dekorationen u. Kostümen d. Berliner Metropol-Theaters
Preise von 1,00 bis 5,00 Mk.
Sonntags zwei Vorstellungen 4 u. 8 Uhr
Sonntags nachm 4 Uhr kleine Preise
Abends 8 Uhr gewöhnliche Preise
Kartenvorverkauf tägl. ab 10 Uhr vorm. ununterbr.

Hopsi
bestes Mittel gegen Kopfläuse Fl. 70 ₰
Saale-Drogerie
Paul Tretbar, Weißenfels, Saalstraße 40

Wohnungstausch!
Wer tauscht seine 4 Zimmerwohnung in Zeitz gegen gleiche in Theißen mit Schrebergarten.
Umzug wird vergütet
Offerte erb. a. **Karl Schmidt, Theißen** (Gemeindehaus)

Jugendschriften
können durch unsere **Buchhandlungen** bezogen werden

Donnerstag — Restetag
Verkauf von Resten und Restbeständen,
auf Tischen geordnet, 1521
zu außergewöhnlich billigen Preisen
O. Dobkowitz
Merseburg, Entenplan 8

Trauerbriefe und -Karten
liefert sofort die Druckerei der
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg
eGmbH., Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14
Fernruf: 1045, 1047, 2251

Kleine Anzeigen
haben im Klassenkampf
Große Wirkung!

Alle Kinder
trinken
Rädlers Medizinal-Lebertran-Emulsion
Bestes 2871
Blutreinigungs- und Stärkungsmittel
Sehr zu empfehlen bei
Skropheln, engl. Krankheit Ausschlag
Erleichtert das Zahnen
Flasche 1 **Mk.** und **1,50 Mk.**
Max Rädler, Drogerie
nur Rannischestraße 2 nicht Alter Markt

Geschäfts-Eröffnung
Einer geehrten Einwohnerschaft von **Merseburg** und Umgebung zur Kenntnis, daß ich in Merseburg, **Gotthardtstraße 29** (Eingang Groß-Ritterstraße) eine 1518
Papier- und Buchhandlung
eröffnet habe. Ich bitte, mein junges Unternehmen unterstützen zu wollen
Paul Koch

Billigste Preise
finden Sie im
Gardinen-, Teppich- und Decken-Spezialhaus
M. Köppel Inhaber: Otto Arnemann
Weißenfels, Nikolaistraße 22
Naumburg, Hirschpassage
Jena, Rathausgasse 3
Der große Einkauf
für meine drei Geschäfte sichert mir den 1519
billigsten Einkauf
Einen Posten einzelne Store und Garnituren **spottbillig!**

Zeitungsträgerin
für **Zappendorf** per sofort gesucht. Meldungen bei **Emil Wagner,** Zappendorf

Spendet für die „Rote Hilfe"!

Schulbücher empfehlen die **Volksbuchhandlungen**

Erstklassige **Nähmaschinen**
auf Teilzahlung liefert 1502
A. Rühlemann, Weißenfels, Marienstraße 50

Zeitungsträger
für **Wansleben** sofort gesucht.
Meldungen bei **Otto Kowalsky,** Kirchplatz 8

Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inserenten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250916-10/fragment/page=0008